



### Breslau, den 13. Dezember.

Es ist nicht das ungeschickteste von den tausend Mitteln, die gegen die Bildung des engeren Bundesstaates ins Werk gesetzt werden, daß man auf die Verschiedenheit der gewerblichen und kommerziellen Interessen der beteiligten Staaten provocirt, und den alten Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll in die Länge zu ziehen sucht, während uns jeder Tag, den wir länger säumen, die drängenden Bedürfnisse unserer Industriellen durch umfassende und von der Gesamtkraft des Volkes getragene handelspolitische Einrichtungen und Maßregeln zu befriedigen, Verlust und Einbuße an Kapital und Arbeitskraft bringt. Wir werden in dem Augenblicke, wo es sich endlich um die Ergreifung praktischer Maßregeln handelt, in den endlosen Streit von Prinzipien, deren jedes seine Wahrheiten hat, nicht eingehn. Unsere Aufgabe wird es sein, zu zeigen, daß gerade die Verschmelzung der verschiedenen materiellen Interessen in unserem Vaterlande die beste Bürgschaft für eine gedeihliche Entwicklung unserer Zukunft giebt, daß diese Verschmelzung möglich ist, und daß alle unsere Hoffnungen auf ihre Verwirklichung sich gegenwärtig ausschließlich an die Bildung des engeren Bundes knüpfen, nachdem alle Bemühungen, das Ganze zu vereinigen, gescheitert sind.

Die letzten dreißig Jahre haben wenig durchgreifende volkswirtschaftliche Schöpfungen in Deutschland erblickt. Der Zollverein allein hat die Grundbedingung jedes nationalen Güterlebens, einen weiten einheimischen Markt für die vaterländischen Gewerbe herzustellen, in großem Maßstabe verwirklicht, und auf dem Gebiete der materiellen Interessen die Einigung Deutschlands wenigstens theilweise zur Wahrheit gemacht. Im Uebrigen ist unser Vaterland, trotz seiner üppigen Produktionskräfte, seiner gewerbefleißigen Bevölkerung, seiner günstigen Lage im Herzen Europas, in seiner ökonomischen Entwicklung niedergehalten und gehindert worden, die ihm im Weltverkehr gebührende Stelle einzunehmen, weil es an einer großartigen Gesamtleitung der Wirtschaftspolitik und an dem Ineinandergreifen aller Kräfte zur Ausbeutung des Nationalreichtums fehlte, auf dem der Wohlstand eines Volkes beruht. Unsere eigene Land- und Wasserstraßen hatten wir mit Böllen gesperrt, die Mündungen unserer Hauptströme waren uns verschlossen, die Verschiedenheit der Münzsysteme lähmte gemeinsame Operationen auf unserem Geldmarkte, der wenig zusammenwirkende Betrieb der Postverwaltungen in den einzelnen Staaten hemmte den inneren Verkehr; unsere Flagge war auf den Meeren ungeschützt, fast unbekannt; unsere Häfen standen allen Nationen der Erde offen, und während sie uns vom fremden Handel verdrängten und in unseren eigenen Verkehrsbahnen mit uns konkurrierten, schlossen sie uns durch Navigationsakten die ihrigen, und nur in besondern Handelsverträgen konnten sich die einzelnen Staaten spärliche Konzessionen vom Auslande erringen.

Das Jahr 1848, das Jahr unserer nationalen Erhebung, war bestimmt, unseren vielfachen zerrissenen, materiellen Interessen Einheit zu bringen. Viel hatten wir gehofft, wenig geschah. Zwar Bausteine genug wurden herbeigetragen, aber der Kitt, der sie zu einem Gebäude vereinigen sollte, fehlte, und statt der ersehnten Einigung sahen wir in den Zollvereinsstaaten selbst Zwietracht ausbrechen. Wir wollen dies ganze traurige Blatt unserer Geschichte überschlagen und zur Gegenwart kommen. Nach so vielen getäuschten Hoffnungen, nach so vielen im Entstehen vernichteten Plänen für die Größe des Vaterlandes, steht uns die letzte Möglichkeit in Aussicht, aus den Trümmern zu retten, was zu retten ist, und wenn die Gesamteinigung nicht gelang, doch so viel Theile als möglich zu einem lebenskräftigen Ganzen zu vereinen, hoffend, daß Bedürfnis und Nothwendigkeit ihm auch die übrigen allmählig zuführen werden.

Gäbe es hierbei keine anderen Rücksichten, wie es deren so viele giebt, und gälte es nur eine Form der Einigung für die materiellen Interessen zu finden, wir würden Alle, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt, welcher Partei sie auch sein, beschwören, in der nächsten Zukunft die Hände nicht in den Schooß

zu legen und eingedenk zu sein, daß es keine solidere und dauerhaftere Grundlage für die politische Einheit giebt, als eben dies Band der gemeinschaftlichen kommerziellen und gewerblichen Interessen. Die Schwierigkeit, sie gemeinschaftlich zu machen, erkennen wir sehr wohl. Aber um so energischer werden wir gegen den bösen Geist der Kleinmüthigkeit und Verzagtheit kämpfen, der allen Sonderinteressen zu beweisen strebt, die Einigung werde nie und nimmer möglich sein. Als der Zollverein gegründet wurde machten sich auch unzählige Befürchtungen geltend, unzählige Schwierigkeiten erhoben sich. Ein einziger Aufschwung hat die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt, und eine Reihe von glänzenden Thaten hat alle Bedenken und Befürchtungen widerlegt. Nehmen wir auch die handelspolitischen Erfahrungen anderer Völker zu Hilfe. Wir sahen in England die Interessen der großen Grundbesitzer und der Industrie vielfach auseinandergehen, wir sahen die Nord- und Südstaaten von Amerika in wichtigen Handelsfragen entgegengesetzter Meinung. Haben diese Länder darum nur eine Maßregel während des Streites verabsäumt, die der Gesamtheit zu Gute kommen konnte? Die Kämpfer fochten auf dem Boden der Theorie, bis ein oder das andere Interesse übermächtig wurde und siegte; nach außen bildeten sie eine geschlossene Phalanx, und Alle befanden sich wohl dabei. Uns ist man noch den Beweis schuldig geblieben, daß die Interessen wirklich so unvereinbar sind; und doch debattiren wir nur und überlassen die Thaten den andern Völkern.

Man sagt dem Binnenlande, daß die Verbindung mit den Seehäfen es des Schutzes seiner Gewerbe berauben wird; man sagt den Seehäfen, daß sie ihren Handel einbüßen werden, wenn sie sich enger an das Binnenland schließen, und doch giebt es für Schifffahrt, Handel und Gewerbe in Deutschland nur ein gemeinschaftliches Interesse. Unser Gewerbfleiß ist erstarkt; unsere Industrie übertrifft in manchen Zweigen die der übrigen Länder Europas und concurrirt mit ihnen fast in allem mit gutem Erfolge; wir bedürfen für unsere überreiche industrielle Produktion auswärtige Märkte; wir finden guten Absatz für unsere Fabrikate in den Tropenländern. Andererseits sind wir die stärksten Verbraucher der Produkte dieser Länder. Die natürliche Folge davon müßte sein, daß wir einen reichen und lohnenden direkten Handel mit ihnen unterhielten, daß wir gegen ihre Produkte die Erzeugnisse unserer Industrie eintauschten, und daß in der Vermittelung dieses Austausch unser Großhandel und unsere Rhederei immer mehr aufblühten. Die Wirklichkeit aber lehrt uns, daß ein großer Theil des deutschen transatlantischen Eigenhandels von fremden Schiffen betrieben wird, daß unsere Rhederei zum Theil von fremder Frachtfahrt lebt, daß andere Handelsstaaten, die in besserer Verbindung als wir mit den überseeischen Ländern stehen, uns die Kolonialwaaren, die sie mit ihren Fabrikaten eingetauscht haben, bringen, daß sich für viele unserer Fabrikate die Verminderung des überseeischen Absatzes nachweisen läßt; und daß alle Vortheile, welche der direkte Handel giebt, dem Auslande zufallen. Unter diesen unnatürlichen Verhältnissen leiden alle Zweige der Nationalthätigkeit. Wenn der Rheder nicht die sichere Aussicht auf lohnende Rückfracht hat, so wird er wenig Interesse für die Ausfuhr unserer Fabrikate haben und sich wenig bemühen, überseeische Absatzwege für sie zu finden. Wenn aber nicht eine lebhaftere regelmäßige und direkte Verbindung mit diesen überseeischen Märkten unterhalten wird, so wird auch die Industrie leiden, weil ihr auf diesen Märkten die fremde Concurrenz zuvorkommen wird. So entsteht eine Gemeinschaftlichkeit der Interessen. Unsere Seehäfen sind die Vermittler unserer Ein- und Ausfuhr; von dem Reichthum und der Güte unserer Produktion, von der Menge unserer Consumption hängt der Umfang der Vermittelung, hängt der Wohlstand der Küste ab; es giebt für sie keinen sichereren Weg zum Gedeihen, als sich eng an die Hinterländer anzuschließen, deren Verbrauch an fremden Erzeugnissen, deren Bodenkultur und Fabrikation dem Großhandel und der Rhederei ihre Grundlage giebt. Aber Verbindung für den Wohlstand des Binnenlandes ist auch die freie Bahn nach dem Meere, welche ihm die Han-

delstädte der Küste vermitteln. Und für beider Wohlstand ist Bedingung, daß sie zu einem mächtigen und dem Auslande imponirenden politischen Ganzen sich verbinden.

Unsere Hansestädte rühmen sich gern ihres freien Handels. Welch' bittere Ironie, dieser freie Handel, der uns überall hinzugehen erlaubt, wo man nicht gerade ein Interesse hat, uns abzuweisen. In wie viele Häfen Europas und der Tropenländer dürfen denn unsere Schiffe und unsere Waaren frei eingehn? Oder kennen etwa die Großhändler unserer Küste die Navigationsakten von England, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal, Neapel, Sardinien nicht, welche eben so viele Schranken für die freie Entwicklung unseres Handels und unserer Schifffahrt sind. Es ist wahr, unsere Seehandelsstädte haben Anstrengungen genug gemacht, unseren Fabrikaten Eingang in fremde Länder zu verschaffen. Aber man kann nicht überall überseeische Handelsfaktoreien errichten und erhalten, ohne daß eine Macht dahinter steht, die sie zu schützen weiß; man kann nicht von freier Schifffahrt sprechen, ohne die Kraft, volle Reciprocität zu üben und den anderen Völkern Beschränkungen durch Beschränkungen zu vergelten; man kann nicht von freiem Handel sprechen, so lange dieser Handel allen Eventualitäten, denen ihn fremde Willkür und Uebermacht aussetzt, preisgegeben ist, und so lange ihn der Krieg mit einer kleinen Seemacht, wie es uns jüngst mit Dänemark geschah, daniederhalten kann. Vergleichen wir die Weltstellung Englands mit der unsrigen. Hat sich England auf anderem Wege diese Stellung errungen, als weil seine Flagge in allen Meeren respektirt, sein Wille in allen Zonen von Bedeutung ist, und weil man den Namen des Landes nicht aussprechen kann, ohne an Macht und Einfluß zu denken. Laßt uns nur einmal erst dem Auslande Einheit des Entschlusses und Kraft der Ausführung entgegensetzen da, wo wir uns bisher drückten und schmiegen, und wir wollen sehen, ob unsere jetzt so entmuthigten Gewerbetreibenden, Großhändler und Rheder wirklich so entgegengesetzte Interessen haben und ob nicht vielmehr für sie alle, für Binnenland und Küste das Interesse gemeinschaftlich ist, uns, was bisher noch nicht gelang, im Auslande als eine Nation anerkannt, unseren Namen geachtet, unsere Flagge geschützt zu sehen, unsere direkte Schifffahrt und unseren Absatz zu vermehren, und unseren inneren Markt von allen Schranken und Hemmnissen zu befreien.

Mit dieser Deffnung der inneren Zollschranken und der dadurch vermehrten Concurrenz sucht man auch die Fabrikanten des Binnenlandes zu erschrecken. Wir kommen darauf noch zurück und wollen für heute wiederum nur die Fabrikanten der einzelnen Zollvereinsstaaten fragen, ob ihnen der Anschluß in der That die bei der Gründung gefürchteten Nachtheile zu Wege gebracht hat, ob sich nicht durch die Erweiterung des Marktes die Concurrenz im Einzelnen reichlich ausglich und ob nicht die Eröffnung neuer Absatzwege, welche uns der engere Verband mit dem Meere in Aussicht stellt, gerade unsere Fabrikanten zu den eifrigsten Beförderern dieses Verbandes machen muß, wenn man ihnen nachweisen kann, daß in der Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, in der wir gegenwärtig stehen, eine Vermittelung der gewerblichen Interessen mit denen des Handels und der Schifffahrt nicht bloß denkbar, sondern auch nothwendig ist.

Unsere preussischen Handwerkerstand aber, wenn er gleiche Bedenken haben sollte, wollen wir an einige Verhältnisse erinnern, welche die übermäßige Concurrenz, über die er so schwer klagt, und die er ausschließlich der Gewerbfreiheit zuschreiben geneigt ist, mit erzeugen halfen. In Württemberg, in Sachsen, in anderen deutschen kleineren Ländern besteht bis zum heutigen Tage der alte Zunftzwang, welcher die Zahl der Meister beschränkt und zum Etablisement den Ausweis von Geldmitteln fordert, welche nur der kleinste Theil derer, die nach Selbstständigkeit streben, in der vorgeschriebenen Höhe aufzubringen im Stande ist. Die überschüssige gewerbliche Bevölkerung wandte sich bisher in die Länder, in denen wenig Hindernisse im Wege standen, die Meisterschaft zu erhalten, zumeist nach Preußen. Wenn wir gemeinschaft-



liche Gewerbegeetze, wenn wir gleiche Gesetze über Heimaths- und Zugrecht haben werden, welche herzustellen notwendig Aufgabe des nächsten Reichstages sein wird, so werden sich die Gewerbetreibenden gleichmäÙiger vertheilen, und der übermäßige Andrang nach einzelnen Ländern wird aufhören.

In welchen Zweig der volkswirtschaftlichen Thätigkeit wir auch blicken, überall finden wir die dringende Mahnung, gemeinschaftliche Maßregeln für unseren Handel und unser Gewerbe zu ergreifen. Die nächste Zukunft stellt uns solche Maßregeln in Aussicht und giebt uns Hoffnung, für die Bildung eines staatlichen Kern, um den sich, glauben wir, auch die übrigen Staaten gruppieren werden, die jetzt noch zurückbleiben. Wohl an denn, ergreifen wir diese Aussicht, seien wir thätig für diese Zukunft und unsere Schuld wird es dann wenigstens nicht sein, wenn sich die goldenen Früchte der Einheit und Macht zu dem dürftenden Volke nur neigten, damit es seine Sehnsucht und Qual um so bitterer empfinde.

## Preußen.

### Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 87. Sitzung vom 12. Dezember.

Eröffnung 10 $\frac{1}{2}$  Uhr. Am Ministertisch: v. Ladenberg, v. Strotha, Simons, Graf Brandenburg, v. Mantuffel und die Regierungskommissarien geheimen Regierungsräthe v. Könen und Hammer.

Die Wahl des Abgeordneten geh. Regierungsrath Schulz wird genehmigt.

v. Keltch erstattet Bericht für die Kommission für die Geschäfts-Ordnung über den Antrag des Abgeordneten v. Hertefeld „nach Berathung der Gemeinde- und der Bezirks- und Provinzial-Ordnung im Einzelnen, Beschluß über beide Gesetze in ihrer Gesamtheit zu fassen.“

Die Kommission beantragt, den Antrag abzulehnen.

Stahl nimmt den Minoritätsantrag der Kommission auf, wonach festzustellen: daß nach Beendigung der Verhandlungen über die Redaktion einer Gesetzesvorlage nochmals ohne vorhergehende Diskussion über die Frage abgestimmt werden muß, ob das ganze Gesetz anzunehmen oder zu verwerfen sei.

v. Zander und Graf Hertefeld schließen sich diesem Antrage an, welcher vom Antragsteller motiviert wird, indem er besonders hervorhebt, daß es besser sei, Zeit zu verlieren als ein schlechtes Gesetz zu emaniren.

Tamrau meint, daß man von einer Seite jetzt, nachdem die Kammer eine Menge Gesetze berathen, Etwas zu erreichen suche, was bisher nicht möglich gewesen. (Beifall links.)

Nach verschiedenen kurzen Bemerkungen wird der Beschluß der Berathung genehmigt und bei der Abstimmung der Antrag mit 70 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Die von v. Zander beantragte namentliche Abstimmung ergibt 65 für, 64 gegen den Antrag.

Der Bericht über den Antrag von Kühne:

„Die Zahl der Mitglieder, welche zur Begründung des Antrags auf namentliche Abstimmung genügen, von 25 auf 50 zu erhöhen“,

wird verlesen. Die Kommission hat sich einstimmig dagegen erklärt und die Kammer lehnt den Antrag ab.

Zweiter Bericht der Kommission zur Berathung des Gesetzesentwurfes über Aufhebung des Intelligenz-Zwanges. Die Kommission hat die Beziehungen dieses Gesetzes zur Verfassung in Erwägung gezogen, und in der Majorität gefunden, daß die Fortdauer des Intelligenzblatt-Privilegii zwar als mit der Verfassung im Widerspruch stehend angesehen werden könne, daß sich aber ein solcher Widerspruch nach den Berathungen beider Kammern nicht annehmen lasse. Die Kommission beantragt: die §§ 1 und 4 des Gesetzesentwurfes unverändert beizubehalten, in den §§ 2 u. 3 den Minister des Innern zu ermächtigen: für Berlin einen besondern Anzeiger zu gründen, in dem die amtlichen Bekanntmachungen zu erlassen sind. — § 1 wird angenommen; § 2 desgleichen mit dem Zusätze von Mägke, an Stelle eines besondern Anzeigers für Berlin zu setzen: „ein besonderes Amtsblatt nebst Anzeiger zu gründen.“ § 3 wird von Mägke dahin amendirt und angenommen, daß die vorgeschriebenen Publikationen in dem Intelligenzblatt durch den öffentlichen Anzeiger des Amtsblattes geschehen können, in den Fällen, wo in beiden Blättern die Infertion erfolgen soll, die in dem letztern genügt. — § 4 wird unverändert angenommen.

Dritter Bericht des Central-Ausschusses über die Fassung der Art. 11 — 23. Titel II. Der Central-Ausschuß beantragt:

Art. 11 nach dem Beschluß der zweiten Kammer anzunehmen.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten erklärt, daß die Regierung nichts dagegen haben werde.

Demnach wird der Antrag des Central-Ausschusses angenommen.

Art. 12 Nach Antrag des Central-Ausschusses wird das erste Alinea des früher beschlossenen Art. 12 gestrichen, Alinea 2 beibehalten.

Art. 13. Die Fassung der zweiten Kammer wird angenommen.

Art. 14. Der Centr.-Aussch. schlägt Annahme der Fassung der II. Kammer vor und der Kultusminister erklärt sich damit einverstanden.

Abgeordn. Hansemann sucht in längerer Rede die Aufrechterhaltung des Beschlusses der ersten Kammer („Verwaltung der innern und äußern Angelegenheiten der Kirche unter Mitwirkung des Staates“) als notwendig darzustellen.

Nachdem noch Ammon und Brüggemann über den Gegenstand gesprochen, tritt die Kammer dem Beschlusse der zweiten Kammer bei.

Ueber die Verwerfung des von der zweiten Kammer beschlossenen transitorischen Artikels spricht der Abg. Stahl in längerer Rede, indem er besonders hervorhebt, daß die evangelische Kirche längst eine selbstständige Verfassung habe.

Der Kultusminister versichert, mit Hinweis auf die Diskussion in der zweiten Kammer, daß die Regierung weit davon entfernt sei, sich durch die Ueberleitung der evangelischen Kirche in eine selbstständige Verfassung irgend eines Eingriffs in die innern Angelegenheiten derselben zu machen.

Die Art. 15, 16, 17 sind in beiden Kammern gleichlautend beschlossen worden.

Art. 18. Der Central-Ausschuß schlägt Beibehaltung des Beschlusses der ersten Kammer vor.

Die Minister der Justiz und der geistlichen Angelegenheiten erklären sich in längeren Reden für den Beschluß der zweiten Kammer, indem der Letztere namentlich hervorhebt, welche Beschwerden Seitens der Laien und der Prediger, die um ihr Einkommen besorgt seien, erhoben werden, und wie es jetzt nicht an der Zeit sei, eine so wichtige Aenderung einzuführen.

v. Ammon geht in längerer Rede die Entstehung der Zivilehe durch und zitiert die Kirchen-Schriftsteller und die in den Kammern gepflogenen Debatten und die früheren Aussprüche der Regierung und trägt auf Beibehaltung des Beschlusses der ersten Kammer an.

Der Kultusminister erkennt die theoretische Seite der Zivilehe an, die praktische müsse noch vielseitig geprüft und erwogen werden.

Nachdem ein Antrag auf Schluß abgelehnt, spricht der Abg. Stahl gegen v. Ammon und die Einführung der Zivilehe, welche in den östlichen Provinzen einen großen Theil der Bevölkerung in Aufregung versetzen werde. Dem Staate stehe kein Recht zu, eine solche Aenderung einzuführen. (Beifall und Zischen.) Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Der Berichterstatter (Graf Jenaplik) spricht sich gegen den Beschluß des Central-Ausschusses für den Beschluß der zweiten Kammer aus, was von v. Ammon mit Hinweis auf die Geschäftsordnung gerügt wird. v. Jenaplik hält diese Rüge für „unnöthig.“ Der Präsident erklärt diesen Ausdruck für unparlamentarisch. Man geht zur Abstimmung über und es wird in der namentlichen Abstimmung über den Beschluß der zweiten Kammer derselbe mit 72 gegen 57 Stimmen angenommen.

(Schluß 3 $\frac{1}{2}$  Uhr. Nächste Sitzung Abends 7 Uhr, in welcher die Berathung fortgesetzt wird.)

Berlin, 12. Dez. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Pfarrer Reinicke zu Nienstedt, Regierungs-Bezirk Merseburg; dem Pfarrer Pfender zu Simmern im Regierungsbezirk Koblenz, und dem Professor Dr. Peters an den anatomischen Anstalten in Berlin, den rothen Adlernorden vierter Klasse; so wie dem Küster und Schullehrer Weichert zu Lindow, Regierungs-Bezirk Frankfurt, und dem im Kreise Mogilno stehenden Gendarmen E. A. Ferchmin von der 5. Gendarmerie-Brigade das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem General-Lieutenant v. Prittwitz die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Baiern Majestät ihm verliehenen Großkreuzes vom St. Michaels-Orden zu ertheilen.

Angekommen: Se. Excellenz der wirkliche geh. Rath und Ober-Schloß-Hauptmann Graf von Armin, von Blumberg. Tompley, k. großbritt. Oberst-Lieutenant und Cabinets-Kourier aus London; Limpiani, franz. Konsul aus Belgrad; Dr. Sutherland und Pincony, Marine-Kapitän aus London; Gottwald, Direktor des königl. Kredit-Instituts für Schlesien, aus Brieg.

G. Berlin, 12. Dezbr. [Persigny. — Belgien. — Die Depesche.] Man verspricht sich viel von Persigny's Ankunft in Berlin. Louis Bonaparte soll zu einer Allianz mit Deutschland (und das würde jetzt heißen mit Preußen) sehr hinneigen. Der Bundesstaat wird ohne auswärtige Allianzen seinen Weg finden, aber diese Allianzen können ihm jedenfalls nicht schaden. Wer begünstigt im Auslande die Ein-

heitsidee? Man sagt, Lord Palmerston? Wir zweifeln daran! England ist durch die ungarischen Regelen gegen Oesterreich erbittert und freut sich daher über eine Politik, die Oesterreich in seinen Plänen hindert. Aber gemeinschaftliche Feindschaften bilden noch keine dauernden Sympathien. Wenn Persigny hier in gute Hände geräth, wenn man in Paris anfängt, über die preussische Politik besser unterrichtet zu werden, als dies bisher geschehen ist, so lassen sich die besten Folgen erwarten.

In Belgien beginnt ein gewisser Umschwung zu Gunsten des Bundesstaates bemerkbar zu werden. Dies kleine, trefflich regierte Land fürchtete zuweilen „Preussens Berggrößerung“, die auf einem europäischen Kongress den Zwischenstaat zum Opfer an Frankreich darbringen könnte. Jetzt beginnt es auch dort klarer zu werden. Man beginnt in Brüssel einzusehen, daß es sich um nationale Vertretung handelt, um parlamentarischen Regiment und keinesweges um banale Hegemonie. Preussens Erfolge reizen die halb-französischen Gemüther hin. Hat doch Preußen durch den September-Vertrag von 1844 die belgische Revolution zuerst in Europa legitimirt. Belgien hat vielleicht Frankreich zu fürchten, Preußen nie!

Ich weiß nicht, ob ich Ihnen schon neuerdings gemeldet, daß mein Brief vom 7ten d. ganz genau war und zwischen der Weisung vom 12. November und der protestirenden Note vom 4. Dezember eine Depesche eingetroffen war, die den Protest in Aussicht gestellt hatte.

C. C. Berlin, 12. Dezember. [Oesterreich will konstitutioneller sein als Preußen.] Es ist ein Lieblingsthema des österreichischen Lloyd, aus einer Vergleichung der Tagespresse in Oesterreich und in Preußen den Beweis zu führen, daß das konstitutionelle Staatsprinzip in Oesterreich weit eher eine Verwirklichung zu erwarten habe, als in Preußen. Dieser ganze Beweis stützt sich indes ausschließlich auf die Existenz der „Neuen Preussischen Zeitung“, deren unverholenes Hinarbeiten auf die Wiederherstellung eines absoluten Regiments in Oesterreich keinerlei Parallele finde, ein Umstand, der nach der Meinung des Lloyd um so höher anzuschlagen sei, als man wisse, daß die Partei der Neuen Preussischen Zeitung höchsten Orts sehr in Ehren stehe. Erst ganz kürzlich brachte der Lloyd wieder einen Artikel dieser Art, dessen ganze Absicht natürlich nur darauf hinausläuft, Deutschland vor einer Verbindung mit Preußen zu warnen. Zwei Tage nach diesem letzten Artikel brachte die Wiener Zeitung das offizielle Verbot der dortigen „Presse“, und die übrigen Wiener Blätter mit Ausnahme des Lloyd werden von einer gleichzeitigen Besorgniß vor ähnlichem Schicksal durchzuckt. — Die „Niederrheinische Post“ vom 8. Dezember, am Tage des Verbots der „Presse“, klagt schon vorempfindend: „Wir stehen hier unter einem zwiefachen Rechte und einer zwiefachen Gerichtsbarkeit, unter dem exzeptionellen Rechte und Gerichte des Belagerungszustandes, und unter dem Rechte und Gerichte des Pressgesetzes. Wer kann die Grenzen erkennen, wo beide Jurisdiktionen sich berühren oder sich durchkreuzen.“ — Und der „Wanderer“ ruft erschrocken: „Dies Verbot der Presse, des verbreitetsten Organs der Publizistik, ohne vorhergegangene Verwarnung, läßt uns befürchten, daß das freie und unbefangene Urtheil gefährdet ist.“ Nur der Lloyd pflichtet den in dem Verbote des General-Weiden ausgesprochenen Motiven völlig bei. „Die Presse, sagt der Lloyd vom 9. Dezember, verspottete neulich österreichische Blätter wegen ihrer Feindseligkeit gegen Lord Palmerston. Heute nimmt sie unzweideutig Partei für Preußen und Kleindeutschland, und Hannover und Sachsen werden getadelt, daß sie sich auf eine eben nicht loyale Weise von ihrer Verpflichtung losgesagt haben, und endlich der König von Preußen getadelt, daß er die von Frankfurt aus ihm angebotene Kaiserkrone zurückgewiesen.“ Dies ist die „schlechte Tendenz“, welche, wie das Schreiben des Generals v. Weiden an den Redakteur der Presse sich ausdrückt, die Presse verfolgt, und dies die in hohem Grade böswilligen Artikel, welche die öffentliche Autorität in Wien nicht länger gestatten kann, will sie ihre Pflicht nicht verletzen. Es wäre eine offenbare Inkonssequenz, wollte man die „Presse“ länger erscheinen lassen, nachdem man andere weit gemäßigtere Journale unterdrückt hat.“ Uns liegt die letzte Nummer der Presse vor. Darin finden wir zunächst allerdings einen Leitartikel, in welchem die Konsequenz der preussischen Politik, gegenüber dem bloß negativen Verhalten der österreichischen Regierung hervorgehoben, und mit den Worten Römer's geschlossen wird: „Noch immer lieber ein kleines Deutschland, als gar keines.“ Wir finden darin einen zweiten Artikel, in welchem die Behandlung des Prozesses Waldeck's vor den Geschworenen und das heimliche Verfahren

\*) Die Beweisführung dieses ministeriellen Artikels ist höchst charakteristisch, indem sie auf die Tendenz einiger Presseorgane, namentlich der so eben in Oesterreich verbotenen „Presse“ und der „Neuen Preussischen Zeitung“ näher eingeht. Red.



gegen Fischhoff in Parallele gezogen wird. Die Parallele führt zu der Schlussbetrachtung, daß während die Behandlung des Waldeck'schen Prozesses als ein Sieg und eine dauernde Befestigung der konstitutionellen Regierung Preußens sich bezeichnen lasse, die Heimlichkeit im Verfahren gegen Fischhoff und seine schließliche „Losprechung ab instantia“ alle Freunde des konstitutionellen Rechts nur schmerzlich an die alte Zeit und deren Formen habe erinnern können. — Auch im ganzen Tone des Artikels finden wir nichts, was zu dem Vorwurf Anlaß geben könnte, die Presse verharre in einer Verdächtigung der Maßregeln der Regierung. — Befolgte die preussische Regierung ähnliche Grundzüge in Bezug auf die in der Verfassung garantierte Pressefreiheit, wie man sie in Wien befolgt, so könnte allerdings die **Neue Preuss. Zeitung** schon längst nicht mehr erscheinen. Denn eine Verpötlung des konstitutionellen Staatsprinzips, der Verheißungen des Königs und dem Geiste der Verfassung zum Trotz eine Verhöhnung des Instituts der Geschwornen-Gerichte und der Öffentlichkeit des Prozesses, der bestehenden Gerichts-Verfassung zum Trotz, eine Verdächtigung der Regierung in allen ihren Maßregeln, welche auf eine Ausgleichung und Ablösung der Grundlasten gerichtet sind, eine Bekämpfung der preussischen Politik in Bezug auf die deutsche Frage, — sind in diesem Blatte an der Tagesordnung. Gleichwohl besteht das Blatt, denn die preussische Regierung achtet die in der Verfassung garantierte Pressefreiheit. In Wien erklärt sich ein mit vielem Geschick redigirtes Journal für die preussische Thätigkeit in der deutschen Einigungsfrage, bloß im Vergleich gegen das passive Verhalten des österreichischen Kabinetts, während doch die österreichische Regierung stets darüber klagt, daß man Oesterreich in Deutschland um seinen bisherigen Einfluß bringen wolle; das Blatt erklärt sich ferner für die Vortrefflichkeit des öffentlichen Gerichtsverfahrens, das doch die österreichische Verfassung vom 4. Mai als ein Grundrecht verleiht, — und man verbietet in Wien die Presse, weil sie die Maßregeln der Regierung verdächtigt. — Wenn dauernde Ausnahms- und Belagerungszustände und die Unterdrückung des Ausdrucks der öffentlichen Meinung eine größere Garantie für die Verwirklichung des konstitutionellen Staatsprinzips gewähren, als die Fortpflanzung der **Neuen Preuss. Zeitung**, ungeachtet sie sonst alle Maßregeln der Regierung auf ganz schonungslose Art angreift, — dann hat der Lloyd allerdings Recht, wenn er das konstitutionelle Deutschland einludet, sich lieber an Oesterreich als an Preußen anzulehnen, und wir können dann selbst nur allen deutschen Völkern den Rath ertheilen, dieser freundlichen Einladung zu folgen. Ähnliches hat Preußen nicht zu bieten.

A.Z.C. Berlin, 12. Dezember. [Tagesbericht.] Die, wie wir meldeten, auf unbestimmten Urlaub entlassenen Reserve-Mannschaften des 20. Regiments, deren Zahl sich auf 600 belaufen mochte, trafen gestern mit dem Nachmittagszuge der Anhaltischen Eisenbahn aus Baden hier ein. — Von der österreichischen Regierung werden jetzt sehr bedeutende und sehr beachtenswerthe Ankäufe von Equipirungs-Gegenständen, namentlich von Leder in Preußen gemacht. Die Qualität des Letzteren ist hier viel besser als in Oesterreich, da die dortige Zubereitung das Leder spröde läßt, während die hiesigen Gerber demselben eine weit dauerhaftere Geschmeidigkeit zu geben verstehen. — Gestern ist, wie es scheint, ziemlich unerwartet, dem hiesigen Kabinete, ein eigenhändiges sehr verbindliches Schreiben vom Kaiser von Oesterreich aus Wien zugegangen, dasselbe schlägt im Hinblick auf den piquanten Notenwechsel mit Oesterreich einen sehr versöhnlichen Ton an und ist sichtlich bestrebt, die unangenehmen Eindrücke, welche durch das jüngste geharnischte Auftreten Oesterreichs hervorgerufen worden, zu verwischen. Ob darin aber mehr als bloße Courtoisie zu erblicken ist? — Der sogenannte Maigefangene Lehrer Koch, welcher für die Zeit seiner Verurtheilung vom Amte suspendirt war, ist wieder in dasselbe zurückgetreten. — Dem Vernehmen nach ist einem Jeden der beiden preussischen Kommissarien bei der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt a. M. ein Jahresgehalt von 20,000 Thlr. zugesichert, da sie daselbst ein großes Haus machen sollen. — Wie uns heute aus sehr guter Quelle zugeht, soll Herr v. Rabe definitiv entschlossen sein, das Portefeuille niederzulegen. Er hat eins der ältesten Mitglieder seines Ministerii zum Nachfolger empfohlen und dürfte sich als Oberpräsident von Brandenburg in Stelle des Herrn v. Patow nach Potsdam zurückziehen. Die Gründe dieses Entschlusses scheinen sehr mannigfacher Art zu sein. — Die Constablerie wird nun vollständig militärisch organisiert und uniformirt werden. Als der Minister Kühlwetter hier anordnete und der Polizeipräsident v. Bardeleben sie im Juni vorigen Jahres introducirte, da wurde gerade auf ihren bürgerlichen Charakter der alleinige Nachdruck gelegt. Ja um dieses bürgerlichen Charakters willen mußte die alte

Gensdarmrie der neuen Constablerie Platz machen. So ändern sich die Zeiten! — Die, wie wir gemeldet haben, am 3. Dezember durch die Schugmannschaft vorgenommene Volkszählung hat die Einwohnerzahl Berlins auf 408,632 Seelen festgestellt. Im vorigen Jahre, wo dies Geschäft den Bezirksvorstehern überlassen war, ergaben sich nur 317,000 Seelen. Man kann allerdings annehmen, daß viele damals abwesende Einwohner jetzt zurückgekehrt sind, mehr aber wohl, daß die Bezirksvorsteher, als unbesoldete Kommunal-Beamte, es an der nöthigen Sorgfalt fehlen ließen. Im Jahre 1846 betrug die amtliche Volkszählung 406,000 Seelen. — Die Stadt Berlin entsendet zum deutschen Volkshause 4 Abgeordnete. Diese werden in 4 großen Wahlkreisen durch 754 Wahlmänner gewählt, welche ihrerseits durch die Urwähler in 140 Wahlbezirken gewählt werden. — Ueber den Dr. Eichler und dessen Verhaftung beginnen sehr verschiedenartige Gerüchte zu zirkuliren. Wir haben dessen mehrmalige Anwesenheit in Berlin bereits im Sommer gemeldet, wo sich derselbe in Tabaksläden der frequentesten Gegend bei Tage hatte blicken lassen. Es scheint jetzt erwiesen, daß er sich zu verschiedenen Zeiten in Paris, in Berlin, in Mecklenburg und in Hamburg und zwar ziemlich ungenirt aufgehalten hat. In demokratischen Kreisen beginnt immer lebhafter der Verdacht aufzutreten, daß er wohl eine ähnliche Rolle als Dhm gespielt haben könne. „Die ewige Lampe“ erhob diese Anklage schon im vorigen Winter. Jedenfalls wird das öffentliche Verfahren auch hier Licht bringen. — In der ersten Kammer folgen jetzt die Berichte der Kommission für die Gemeinde-Ordnung mit rapider Schnelle. In den letzten Tagen sind deren drei vom Abg. Wallach über Titel II. vom Abg. v. Sauten-Louffain über Titel III—VII. und vom Abg. Pinder über Titel VIII der Gemeinde-Ordnung erschienen. Die Berichte umfassen zusammen 16 Druckbogen. Da die erste Kammer jetzt auch täglich 2 Sitzungen zur Berathung der Gemeinde-Ordnung hält, so scheint es fast, als wolle sie die ganze Woiilage noch vor den Weihnachtsferien erledigen. — Die Kommission der zweiten Kammer für die Verfassungs-Revision hat so eben ihren Bericht über diejenigen Artikel aus den Titeln III. IV. V. VII. IX und X. erstattet, rückfichtlich welcher die erste Kammer mit den Beschlüssen der zweiten nicht übereinstimmt. Es wird meistens den Beschlüssen der ersten Kammer beigetreten, namentlich auch hinsichtlich des Artikel 62 und 63 die Organisation der I. Kammer betreffend. Hier hatte bekanntlich die 2. Kammer ein fertiges System aufgestellt, dagegen die I. Kammer das jetzige Provisorium aufrecht erhalten und die definitive Organisation einem später zu erlassenden besonderen Gesetz vorbehalten. Auch hinsichtlich der Organisation der zweiten Kammer Art. 71 c. tritt die Kommission der ersten Kammer in allen Differenzpunkten bei. Hinsichtlich des Art. 108 beharrt jedoch die Kommission bei dem Beschlusse der zweiten Kammer, im Widerspruch mit der ersten Kammer die Worte: „die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortzubehalten“ zu streichen. — Als allgemeinen Gesichtspunkt hat die Kommission aufgestellt: daß diejenige Kammer, welche einen einzelnen Titel der Verfassung zuerst berathen hat, sich nach Eingang der darauf bezüglichen Beschlüsse der andern Kammer der nochmaligen Erwägung derjenigen Artikel, in Betreff deren ihre Beschlüsse die Billigung der andern Kammer nicht erhalten habe, unterziehen muß, und daß erst die nach dieser zweiten Berathung noch verbleibenden Abweichungen als wirkliche Differenzpunkte zu betrachten sind. Dies gilt also auch von § 108.

C. B. Berlin, 12. Dezember. [Tagesbericht.] Die heutige Sitzung der ersten Kammer war eine vielschichtig bewegte. Zuerst wurde der Antrag des Grafen Hertefeld, der sich speziell auf die Gemeinde-Ordnung erstreckte und deren Festsetzung oder Verwerfung durch einen Plenarbeschluss nach Berathung im Einzelnen verlangte, abgelehnt, worauf der Abg. Stahl den Antrag aufnahm und die Ausdehnung desselben auf alle beschlossenen Gesetze verlangte. Auch dieser Antrag wurde nach kurzer aber heftiger Debatte verworfen. Dann nahm die Kammer das Gesetz über Aufhebung des Intelligenz-Zwanges mit geringen Modifikationen an. — Der letzte Theil der Tagesordnung war der Bericht des Centralausschusses über die von beiden Kammern berathenen Art. 11—23. Man trat bei dem Art. 11—17 dem Vorschlage des Centralausschusses, welcher die Art. 11, 13, 14 nach der Fassung der zweiten Kammer anzunehmen empfiehlt, bei, und nur bei Art. 18, welcher die Civilehe betrifft, wurde gegen den Vorschlag des Centralausschusses der Beschluss der zweiten Kammer, nach welchem die Einführung der Civilehe auf die lange Bank eines zu erwartenden Gesetzes geschoben wird, genehmigt. Die Minister des Kultus und der Justiz erkannten die theoretische Seite der Civilehe als richtig an, fürchteten aber von der praktischen Einführung eine Aufregung in den östlichen Provinzen, wie dies aus den unzähligen Petitionen von Lakon und Predigern, „die nicht ohne Grund um ihr Einkommen besorgt seien,“

hervorgehe. Nach einer längeren Diskussion, an welcher sich besonders v. Ammon und Stahl theilnahmen, wurde der Beschluss der zweiten Kammer mit einer Majorität von 12 Stimmen an Stelle des der ersten Kammer gefest. In der heutigen Abend-sitzung wird die Debatte fortgesetzt. — Wie verlautet soll man diesseits gewillt sein, den Reichstag in Erfurt zu Anfang März l. J. zusammentreten zu lassen. Gleichzeitig soll dann eine Vertagung der hiesigen Kammern erfolgen. — Die Kontrolle auf den Bahnhöfen scheint noch gesteigert zu werden. Wenigstens wurden gestern die zur Ausübung dieser Kontrolle auf den Eisenbahnhöfen stationirten Polizeimannschaften durch ihre Vorgesetzten angewiesen, bei Prüfung der Legitimationen ankommender Passagiere mit größerer Strenge zu Werke zu gehen. — Nachrichten aus Dresden zufolge hat die sächsische Regierung die entschiedene Absicht, wenn die Kammer den von dem Abg. Müller eingebrachten und von der Kommission acceptirten Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes zum Beschluss erhebt, die Kammern aufzulösen, das neue Wahlgesetz zu oktroyiren und im Nothfall die bis dicht an die sächsische Grenze vorgedrungenen österreichischen Truppen in das Land zu rufen. — Der frühere Minister Herr v. Carlowitz, der Führer der preussischen Partei in Sachsen, bietet vergeblich seinen Einfluss auf, die Regierung zu einer andern Politik in der deutschen Angelegenheit zu vermögen. Vergeblich versucht er darzuthun, wie Sachsen, seitdem es seit zwei Jahrhunderten seinen Einfluss in Norddeutschland dadurch verloren, daß es sich willig von österreichischer Politik habe ins Schlepptau nehmen lassen, jetzt nur die Wahl habe, ob es sich freiwillig oder später von seinen materiellen Verhältnissen gezwungen, vielleicht unter ungünstigeren Umständen, dem engeren Bunde anschließen wolle.

\* Breslau, 13. Dezbr. Auch im öffentlichen Leben muß der Nachbar oft den Stoff zur Unterhaltung geben, ohne daß dabei der Wahrheit besonders Rechnung getragen würde. So beschäftigt sich der „Wiener Geschäfts- und Neuigkeits-Bote“ vom 23. November d. J. mit den preussischen „Tresorscheinen“ und giebt die interessante Notiz, daß ungefähr 4 Millionen derselben sich im Umlauf befinden. Wenn nicht, wie sich kaum annehmen läßt, der „Wiener Geschäfts- und Neuigkeits-Bote“ von der Voraussetzung ausgeht, der größte Theil dieser Summe zirkulire lediglich in Oesterreich, ohne die Grenze zu überschreiten, so daß wir freilich im eigenen Hause gar keine Kenntniß davon haben würden, so scheint hier in der That eine bedeutende Täuschung obzuwalten, die willkommen ist, den Kredit des preussischen Papiergeldes herabzusetzen. Ist es aber dem „Wiener Geschäfts- und Neuigkeits-Boten“ um eine Annäherung an die Wahrheit thun, so weit an letztere bei diesem Gegenstande durch Ueberschlag gelangt werden kann: so können wir ihm aus guter Quelle die Nachricht geben, daß seit dem Jahre 1835, wo zuerst die Emission der jetzt zirkulirenden Kassen-Anweisungen erfolgte, kaum der 150te Theil jener von ihm behaupteten Summe an falschen Exemplaren in Umlauf gesetzt sein dürfte, davon aber der bei Weitem größte Theil nach und nach durch die öffentlichen Kassen eingezogen ist, und gegenwärtig unter Berücksichtigung neuer Nachbildungen nur ungefähr noch einige Tausend Thaler wirklich in Circulation sich befinden mögen.

Königsberg, 9. Dezember. [Prozess Jacoby.] (Beeidigung des gestrigen Berichtes nach der Königsberger Zeitung. Fortsetzung.)

Erwägen Sie, meine Herren Geschworenen, ob solchen offiziellen Zeugnissen gegenüber die nackte Behauptung des Oberstaatsanwalts, die preuss. Regierung sei zur Abberufung der Deputirten befugt gewesen, irgend ein Gewicht haben kann.

Und nicht allein die Befugniß der Regierung zu einem solchen Befehle; — um seine Voraussetzung zu rechtfertigen, lag dem Staatsanwalte ferner noch der Beweis ob, daß durch einen solchen Befehl — ganz abgesehen von dessen Rechtmäßigkeit — der Charakter der Reichsversammlung aufgehoben, daß sie dadurch zu einer bloßen „Privatgesellschaft“ herabgesetzt sei. —

Liefen Beweis ist die Anklagebehörde ebenfalls schuldig geblieben. Freilich liegt das Gegentheil auch gar zu klar auf der Hand!

Die Nationalversammlung war eine konstituende, verfassunggebende Versammlung für ganz Deutschland; — sie war nicht von der preussischen Regierung, sondern durch den Gesamtwillen des Volkes, oder — um im Sinne der Staatsanwaltschaft zu sprechen — durch den Bundestag zusammen berufen; hieraus folgt, daß sie überhaupt nicht, — am wenigsten von irgend einer Einzelregierung aufgelöst werden konnte. Hatte aber keine Einzelregierung — mithin auch die preussische nicht — das Recht der Auflösung, so kann auch keine Handlung derselben rechtlich diese Wirkung haben. Der rechtliche Charakter der Versammlung konnte daher durch die Abberufung Seitens der preuss. Regierung in nichts verändert werden.

Diese selbe Ansicht, die der Erklärung der preuss. Deputirten zum Grunde liegt, ward von andern deutschen Regierungen, wie auch von der Centralgewalt getheilt. Der Reichsverweser hat auch nach der fönlj. preuss. Verordnung vom 14. Mai die Nationalversammlung als solche anerkannt, nach wie vor mit derselben amtlich verhandelt, Stellvertreter einberufen, Interpellationen einzelner Mitglieder durch



Seine Minister beantwortet und — trotz dreimaliger Aufforderung der preussischen Regierung — sich zu einer gewissen Auflösung der Versammlung nicht für berechtigt gehalten.

Sie sehen, meine Herren, daß die preuß. Abgeordneten aller Parteien ohne Ausnahme, daß die deutsche Nationalversammlung, daß endlich die Centralgewalt eben so wenig, wie ich — der Ansicht des Oberstaatsanwalts waren, daß durch den Abbruch der preuß. Regierung die Reichsversammlung in eine bloße Privatgesellschaft umgewandelt sei.

So viel über den zweiten Grund der Anklagebehörde. Ich komme nunmehr zum dritten.

3) Die Verlegung der National-Versammlung betreffend.

Der Ober-Staatsanwalt bestritt die Befugnis der Versammlung zu diesem Schritte.

Das Recht, das jedem einzelnen Bürger zusteht, das Recht, sich seinen Aufenthalt zu wählen, sich von einem Orte zum andern zu begeben, — dies Recht, das geringste Maß der bürgerlichen Freiheit, soll jener Versammlung, die das deutsche Volk vertritt, nicht zugesprochen haben; sie, die von Niemandes Befehl abhängig war, soll nicht über sich selbst, nicht über ihren Wohnort haben verfügen dürfen!

Die Reichs-Versammlung — und es gab damals in Deutschland keine Behörde, die über ihr stand — war hierin anderer Meinung, als der Ober-Staatsanwalt. Sie war, wie ihre Verhandlungen zeigen, der Meinung, daß die Verlegung von Frankfurt a. M. allerdings zu ihrer Kompetenz gehöre, daß diese — sich nur auf ihr eigenes Verhalten beziehende — Frage lediglich Sache der Geschäftsordnung und daher, wie alle Bestimmungen der Geschäftsordnung, nur von ihr allein festzustellen sei.

Schon bald nach dem Beginne des Reichs-Parlaments wurden von verschiedener Seite Anträge gestellt, die dahin gingen, die Versammlung von Frankfurt a. M. zu verlegen. So z. B. in der Sitzung vom 8. Juni 1848 von Herrn v. Mayern aus Wien und Edel aus Würzburg.

Herr v. Rabowitz — (es erfolgten diese Anträge damals natürlich nicht aus Besorgnis vor einer Contre-Revolution, sondern aus Besorgnis vor demokratischen „Umtrieben“) — Herr v. Rabowitz sagte bei dieser Gelegenheit:

„Es bedarf wohl keines Beweises, daß die erste Bedingung der Wirksamkeit dieser großen Versammlung die ist, daß sie nicht von außen her gewaltsam gestört werde. Es ist, glaube ich, die heilige Pflicht der National-Versammlung, nicht bloß gegen sich, sondern vor Allem gegen Deutschland, daß sie sich selbst und Andern die Ueberzeugung verschafft, gegen jeden gewaltsamen Störungsversuch vollkommen sicher zu sein.“

Die Worte des Herrn v. Mayern — eines äußerst konservativen Mitgliedes der Versammlung — lauten:

„Ich bin Soldat und habe die Regel, selbst wenn man mit der Gewißheit des Sieges einem Feinde entgegengeht, einen Rückzugspunkt auszusuchen: es ist dies eine militärische Maßregel, und ich schlage Ihnen von meinem Standpunkte daher vor:

für den Fall einer Störung der Parlamentsverhandlungen werden sich die Mitglieder desselben, ohne weitere Rücksprache oder Aufforderung, 8 Tage darnach in Regensburg oder Wien zur Fortsetzung ihrer Beratungen versammeln.“

Und unmittelbar darauf sprach Edel, gleichfalls ein Mitglied der äußersten Rechten:

„Sollten wir gehört werden in der Unabhängigkeit unserer Berathung, so werden wir uns in dem nächsten besten Orte innerhalb von 24 Stunden wieder zusammenfinden, wo wir hoffen können, ungestört und friedlich unser Werk fortzusetzen. Deshalb hatte ich einen ähnlichen Antrag gewünscht, wie ihn der Redner vor mir gestellt; die Versammlung möge beschließen:

Zm Falle einer Störung der äußeren Unabhängigkeit ihrer Berathung versammelt sich dieselbe in einer sofort zu bestimmenden Stadt, wo sich die nöthigen Garantien der Sicherheit und die nöthigen Lokalitäten finden.“

Diese und ähnliche Anträge wurden damals als nicht zeitgemäß beseitigt, ohne daß es auch nur Einem Mitgliede eingefallen wäre, die Kompetenz der Versammlung zu dergleichen Beschlüssen in Frage zu stellen.

Ferner. In der Sitzung vom 30. April 1849 — unter dem Vorsitz des Herrn Simson aus Königsberg — kam es wiederholt zur Sprache, daß der Fall einer Verhinderung der Versammlung „in dem Geschäfts-Reglement nicht vorgesehen“ wäre. — Einige Mitglieder sprachen die Ansicht aus, daß

„in einem solchen Falle der Präsident für befugt angesehen werden müßte, die Versammlung auch an einem andern Orte, als Frankfurt, zu einer Sitzung einzuberufen, — da die Nationalversammlung zwar berufen worden, ihre Sitzungen in Frankfurt zu beginnen, sie jedoch keine Verpflichtung kenne, nur in dieser Stadt zu tagen.“

Dennoch wurde der Antrag:

„den § 14 der Geschäftsordnung also zu ergänzen: das Präsidium ist ermächtigt, zu jeder Zeit und an jedem Orte, welche es zu wählen für zweckmäßig erachtet, Sitzungen der National-Versammlung anzuberaumen“,

mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität angenommen und zum Parlamentsbeschlusse erhoben.

Dieser Beschluß, meine Herren Geschworenen, wurde in Frankfurt a. M. — am 30. April — vor der Abberufungs-Ordre der preussischen Regierung zu einer Zeit gefaßt, da noch über 350 anerkannte Mitglieder in Frankfurt anwesend waren, also zu einer Zeit, da — selbst nach der Ansicht der Staatsanwaltschaft — die Versammlung noch den vollen Charakter der National-Versammlung an sich trug. Kein Mitglied derselben — selbst die nicht, welche sonst stets die Kompetenz des Parlaments einzunengen und auf das beschränkende Mandat zu verweisen pflegten — bestritt das Recht zu diesem Beschlusse. Eben so wenig geschah dies damals von irgend Jemandem außerhalb der Versammlung, weder von der Centralgewalt noch von der preussischen Regierung.

Auf Grund dieses Parlamentsbeschlusses und auf Grund des ferner in der Sitzung vom 30. Mai d. J. gleichfalls in Frankfurt gefaßten Beschlusses, der also lautet:

„Die nächste Sitzung der National-Versammlung findet im Laufe der nächsten Woche auf Einladung des Bureau — in Stuttgart — statt; das Bureau hat sofort durch einen Aufruf sämtliche abwesende Mitglieder, sowie die Stellvertreter der

Ausgeschiedenen bis zum 4. Juni nach Stuttgart einzuberufen.“

auf Grund dieser beiden Beschlüsse hat das Präsidium die Nationalversammlung nach Stuttgart einberufen, und habe ich, als Abgeordneter, mich für verpflichtet gehalten, dem Rufe des Präsidiums Folge zu leisten.

Das Gesagte, denke ich, genügt, um die Befugnis der Versammlung darzutun. Allein der Oberstaatsanwalt hat nicht dies allein bestritten. Der bloße Kompetenzmangel würde natürlich nicht hinreichen, um die von ihm unterstellte Voraussetzung zu rechtfertigen. Er geht weiter und behauptet, daß durch die Ausführung jener Beschlüsse, durch die Verlegung nach Stuttgart, der Charakter der Nationalversammlung aufgehoben, sie mithin zu einer bloßen Privatgesellschaft oder — wie er sich ausdrückt — „zu einem politischen Klubb“ geworden sei.

Und worauf stützt er seine Behauptung?

Die Bundestagsbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 und die preussische Wahlverordnung vom 11. April 1848 bilden — dem Oberstaatsanwalte nach — den gesetzlichen Boden, auf welchem die Nationalversammlung beruhte. Der Bundestag aber und die preussische Regierung haben, sagt er, den Abgeordneten das Mandat nach Frankfurt erteilt, nicht nach Stuttgart. Dadurch, daß die Versammlung — mit Ueberschreitung ihres Mandats — sich nach Stuttgart begab, verließ sie den gesetzlichen Boden ihres Bestehens, und hörte also auf, die deutsche Nationalversammlung zu sein.

Die Folgerung der Anklagebehörde ist durch und durch irrig. Sie könnte zunächst nur dann einen Anspruch auf Geltung machen, wenn in dem Mandate — die Stadt Frankfurt als der dauernde und ausschließliche Sitz der Nationalversammlung angegeben wäre. Es müßte diese Bedingung ausdrücklich in der Berufung ausgesprochen sein, um irgend eine rechtliche Wirkung daraus herzuleiten.

Allein nirgends — weder in den erwähnten Bundestagsbeschlüssen noch in der preussischen Wahlverordnung — nirgend sage ich, steht geschrieben, daß die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt tagen müsse. Die preussische Wahlverordnung und der Bundestagsbeschlusse vom 7. April 1848 enthalten kein Wort über den Sitz der Nationalversammlung. Nur in dem Bundestagsbeschlusse vom 30. März 1848 ist davon die Rede, und zwar in folgenden Worten: „beschlossen, die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren sämtlichen — dem deutschen Staatensysteme angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführenden Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche — am Sitze der Bundesversammlung an einem schnelligst festzustellenden Termine zusammenzutreten haben, um u. s. w.“

Bemerken Sie, meine Herren, daß in der Anklageakte wiederum die Worte: „an einem schnelligst festzustellenden Termine“ weggelassen sind.

Nichts also von einer Bedingung, — nichts von einem ausschließlichen dauernden Aufenthaltsort, sondern allein „Zusammentritt“ der Abgeordneten an einem bestimmten „Termin“ in Frankfurt! — Sie sehen schon hieraus, meine Herren, daß mit vollem Rechte der Abgeordnete Reh in der früher angeführten Rede sagen konnte:

Die Nationalversammlung ist zwar berufen, ihre Sitzungen in Frankfurt a. M. zu beginnen, sie kennt jedoch keine Verpflichtung, nur in dieser Stadt zu tagen.“

Und in der That! Wer hätte auch wohl im März des Jahres 1848 eine derartige Verpflichtung der deutschen Nationalversammlung aufzulegen, eine solche Bedingung ihr vorschreiben sollen?

Versehen Sie Sich, meine Herren, in die damalige Zeit! Noch nicht 2 Jahre sind verflossen, — und doch sind seitdem so wunderbare Ereignisse in schnellem Wechsel auf einander gefolgt, daß jene Zeit wie eine längst verschwundene Vergangenheit hinter uns liegt. Gesehatten Sie mir, den wahren Hergang der Sache Ihnen in das Gedächtnis zurückzurufen.

Wer hat die deutsche Nationalversammlung berufen, wer den Ort ihres Zusammentrittes bestimmt?

Gewiß, weder der Bundestag noch die preussische Regierung!

Als im Frühjahr 1848 die allgemeine Stimme des deutschen Volkes eine Gesamtvertretung zur Begründung eines eignen freien Vaterlandes verlangte, — da standen die deutschen Regierungen und ihr gemeinschaftliches Organ, die Bundesversammlung, nicht länger an, sich der Nothwendigkeit zu fügen.

Am 31. März 1848 trat das Vorparlament in Frankfurt zusammen. Am 30. März — also erst an dem Tage vor Eröffnung des Vorparlaments — faßte die Bundesversammlung den Beschluß, den Sie eben gehört haben. — Das Vorparlament machte es sich zur Aufgabe, „die Art und Weise festzustellen, in welcher die konstituierende Nationalversammlung gebildet werden solle;“ die Beschlüsse über die künftige Verfassung selbst sei einzig und allein der Nationalversammlung zu überlassen. In Betreff des Ortes der künftigen Versammlung fand eine eigentliche Debatte nicht statt.

Der Präsident las nun folgenden Antrag vor: „der zu erwähnende Ausschuss“ — (es ist hier der Fünfziger-Ausschuss gemeint) — „kann die Versammlung auch an einen andern Ort verlegen, wenn Zeitverhältnisse die Zusammenkunft in Frankfurt a. M. unmöglich machen.“

Darauf ward erwidert: „es verstehe sich von selbst, die Nationalversammlung finde in Frankfurt statt, so lange dies möglich ist.“

Am 4. April wurden die Beschlüsse über die Zahl der künftigen Volksvertreter, sowie über den Wahlmodus — von dem Präsidenten des Vorparlaments dem Bundestage mitgetheilt. Und schon 3 Tage darauf — am 7. April — beschloß die Bundesversammlung mit bisher beispielloser Schnelle — und zwar unter Abänderung ihres früheren Beschlusses vom 30. März — das, was das Vorparlament bestimmt hatte. Es geschah dies in Folge eines von dem Revisionsausschusse des Bundestags abgestatteten Gutachtens, welches also lautet:

„es sei dringend anzurathen, die höchsten Regierungen möchten bei den vorzunehmenden Wahlen den vom Vorparlament ausgesprochenen Wünschen so viel irgend möglich entsprechen; die Bundesversammlung aber möge dieselben durch Bundesbeschlusse zu den ihrigen machen.“

Aus allem diesem geht, denke ich, deutlich hervor, daß es damals nicht in der Absicht der Bundesversammlung liegen konnte, dem Willen der künftigen Volksvertretung in Betreff

ihres Sitzes irgend eine Schranke, geschweige denn eine Bedingung zu stellen. —

(Fortsetzung folgt.)

Pz. Königsberg in Pr., 10. Dezbr. [Falsche polnische Bankassigaten. — Landwehr.] Den diesseitigen Behörden ist von den polnischen Grenzbehörden die Benachrichtigung zugegangen, daß nach zuverlässigen Mittheilungen aus London eine bedeutende Menge polnischer falscher Bank-Assigaten à 3 Rubel durch den aus der polnischen Stadt Kalwari herstammenden Jakob Lewin ausgeführt sind. Ein polnischer Jude Benjamin Ponzanski aus Kalwari, welcher sich gleichfalls in London aufgehalten, hat bei seiner Ankunft in Hamburg der dortigen Polizeibehörde von dem Lewin, Behufs dessen Verhaftung und Beschlagnahme der falschen Assigaten Anzeige gemacht, in Folge dessen ermittelt worden ist, daß Lewin sich, um die erwähnten Assigaten in Umlauf zu setzen, zunächst nach Berlin begeben, wo er einen bedeutenden Theil seines Fabrikats zu veräußern gehofft, von dort aber soll er sich nach den Grenzen des Königreichs Polen verfügt haben. Die russische Regierung hat auf Verhaftung des Fälschers eine namhafte Summe gesetzt. — Aus der Provinz wird ein erhebender Zug unserer Landwehr mitgetheilt. Den 4ten d. M. erreichte die Angerburger Landwehr-Kompagnie auf ihrem Marsche das Vorwerk Eberstein, zu dem Volksdorffschen Gütern gehörig. Hier wurde „Halt!“ kommandirt und die Gewehre zusammengesetzt, um eine kurze Zeit auszuruhen. Die muntern Soldaten tummelten sich herum und kamen auch an eine offene Scheune. Ein leises Gwimmer, das aus der Scheune kam, zog sie näher. Hier fanden sie eine arme kranke Frau mit drei kleinen Kindern, welche zitternd vor Frost und Hunger auf Stroh gebettet, im tiefsten Elende dalagen. Die braven Landwehrmänner fühlten das tiefste Mitleiden und im Augenblicke hatte ein Soldat seinen Helm ergriffen, um ein Almosen bei den Kameraden und Offizieren zu sammeln. Jeder gab nach Kräften und das Ergebnis dieser wohlthätigen Handlung waren mehrere Thaler, die auch sogleich der armen Frau eingehändig wurden. Der Kommandeur dieser Kompagnie machte, als er nach Rastenburg kam, sogleich Anzeige bei der Behörde, damit für die Unglücklichen ein Unterkommen geschafft werde. — Nach Mittheilung eines Danziger Lokaltblatts, der „Patrouille“, sind von den dortigen einberufenen Landwehrmännern, die am 6. d. ausmarchirten, um zu dem in Hanau stehenden 5ten Landwehr-Regiment zu stoßen, am verwichenen Sonntag gegen den Offizier derselben Demonstrationen gemacht, in Folge deren drei der Rädelführer auf sechs Jahre zu Straßlingsarbeit verurtheilt und bereits eingekleidet sein sollen.

Maguit, 6. Dezbr. Von den hier eingelieferten 16 Verbrechern, die man für Spießgesellen der Krotinusschen Bande hielt, sind heute acht nach Ueberrumpfung des Gefängniswärters wieder entsprungen. (Ref.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 10. Dez. Der Feldmarschall-Lieutenant v. Schirnding, welcher Frankfurt verlassen sollte, hat von Wien Gegenbefehl erhalten. Ebenso bleibt das Bataillon des österreichischen Regiments Palombini, welches schon vorige Woche nach Böhmen abgehen sollte, in unserer Stadt.

(Deutsche 3.)

Karlruhe, 9. Dezbr. [Zusammenkunft von Kammer-Mitgliedern.] Heute treffen die Mitglieder der ehemaligen Majorität der zweiten Kammer zu einer vorläufigen Berathung über die künftige Haltung der Regierung und den abschwebenden Fragen gegenüber fast vollständig hier ein. Selbst diejenigen, welche augenblicklich außerhalb Badens verweilen, sind hier; aus Frankfurt namentlich sind Welker und Mathy erschienen. (Ref.)

Eine telegraphische Depesche der Berliner National-Zeitung meldet aus Frankfurt a. M., 12ten Dezember: „In Baden ist am 11ten d. M. das Wahlgesez zum Reichstag erschienen.“

Stuttgart, 9. Dezbr. (Ministerkrisis in Aussicht.) Das Ministerium Schlayers dürfte seinem Ende nahe sein. Es ist sicher, daß es an dem vielbesprochenen eingesendeten Artikel des Schwäb. Merkurs über die deutsche Frage nicht allein keinen Antheil hat, sondern denselben entschieden desavouirt. Aber der König wird jetzt weniger als je geneigt sein, einem Hohenzollern zu gehorchen, und so werden wir bald ein Ministerium Hügel oder dergleichen sehen. (Ref.)

Gotha, 11. Dez. [Anschluß an die preussische Militär-Convention.] Nach einem ziemlich verbürgten Gerächte ist unsere Staatsregierung in Unterhandlung mit dem preussischen Staats-Ministerium wegen Abschließung einer Militärconvention getreten. Man unterhält sich schon davon, daß das hiesige Militär in eine preussische Stadt, dafür aber eine preussische Besatzung hierher gelegt werden soll. Diejenigen, welche eine Einigung der deutschen Länder zu einer Gesamt-

(Fortsetzung in der Beilage.)



Freitag den 14. Dezember 1849.

(Fortsetzung.)

heit als den einzigen Weg betrachten, den Wirren in unserem Vaterlande ein endliches Ziel zu setzen, begreifen diesen Schritt als einen erfreulichen Anfang zu diesem langerstrebten Zwecke. Ueberhaupt gewinnt die früher stets zurückgestoßene Idee eines Anschließens der kleineren thüringischen Staaten an einen größeren Länderkomplex von Tage zu Tage mehr Raum, da von den Einsichtigeren das Unzulängliche dieser Kleinstaaterei anerkannt wird. Selbst fürstliche Personen, unter anderen unser Herzog, huldigen dieser Idee, deren Verwirklichung von ihnen als unabwiesbare Nothwendigkeit anerkannt wird. Uebrigens ist in Thüringen die Sympathie für das verwandte Königreich Sachsen in neuerer Zeit sehr erkaltet, da sein Benehmen gegen Preußen, das der sächsischen Dynastie in kritischen Verhältnissen die rettende Hand geboten hat, mit der Ansicht der thüringischen Bevölkerung nicht im Einklange steht. — Als Curiosum theile ich Ihnen mit, daß vor einigen Tagen mehrere meiningensche Unteroffiziere hier durchpassirten, um sich nach Schleswig-Holstein zu begeben und in dortige Kriegsdienste zu treten. Diese Leute haben auf Verwendung ihres Chefs jeder eine Unterstützung von 200 Gulden nebst einem Vorweis an die treffenden Bahnhofs-Inspektionen zur Berechnung der Kosten ihres Transportes erhalten. Außerdem ist ihnen die Versicherung gegeben worden, daß, wenn es ihnen glücken sollte, als Offiziere in die schleswigische Armee einzutreten, jeder eine doppelte Equipage auf Kosten des Herzogs von Meiningen zu gewärtigen habe. — Dies als Beleg für die Stimmung, welche in Beziehung auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein bei uns vorherrscht. (Konst. Z.)

Leipzig, 11. Dez. [Vermehrung der Garnison. Herlossohn.] Wir dürfen einer bedeutenden Vermehrung der hiesigen Garnison, die gegenwärtig aus ungefähr 16—1700 M. besteht, in der nächsten Zeit entgegensehen. Im Schlosse Pleißenburg, das größtentheils als Kaserne benutzt wird, müssen auf höhere Anordnung auch alle übrigen Lokalitäten, die theils königl. Behörden, theils Privaten bis jetzt innegehabt, in kurzer Zeit geräumt werden, um Raum für die neu einrückende Besatzung zu gewinnen; es werden nur der Sternwarte ihre alten Lokalitäten gelassen. — Gestern Abend starb hier Karl Herlossohn, der bekannte und beliebte Novellist.

(D. A. Z.)

Schleswig, 11. Dezember. Endlich ist es der Statthalterchaft gelungen, eine nicht unbedeutende Anzahl von Offizieren, welche bereits seit längerer Zeit in unserem Heere dienen, aber noch dem Militärstaate anderer deutscher Länder angehörten, zu bewegen von ihnen resp. Souveräns ihre Entlassung zu nehmen und definitiv in unsere Armee einzutreten. Darunter ist ein Stabsoffizier, der preussische Major a. D. Herr von Gager und zwei zu Hauptleuten ernannte preussische Lieutenants. Dann befinden sich unter den zu Premier-Lieutenants aggregirten Militärs ein lübeckischer, ein nassauischer und drei preussische Lieutenants. Als Secondelieutenants sind in unseren Militärdienst übergegangen 7 aus dem preussische Verbände ausgetretene Offiziere gleichen Grades. Man hofft, daß noch mehrere der provisorisch bei uns angestellten Offiziere diesen folgen werden. (H. C.)

## Oesterreich.

Wien, 11. Dezember. [Die Ursache des Verbots der „Presse.“ Gerüchte. Verhältnisse zu Sardinien.] Das Verbot der „Presse“ hat um so mehr Aufsehen erregt, als es ohne vorherige Warnung erfolgte. Man zerbrach sich gewaltig darüber den Kopf, was wohl zunächst dies Verbot veranlaßt habe, und konnte doch nichts mit Sicherheit herausbekommen. Und doch lag diese Veranlassung so nahe. Nicht der Tadel war es, welchen die „Presse“ über diese und jene Regierungsmaßregeln aussprach. Diese kleinen Püffe hätte unsere Verwaltung wohl vertragen und dazu geschwiegen, aber Eins konnte sie nicht vertragen, nämlich die Theilnahme für Preußen und für den engeren Bundesstaat, welche die „Presse“ in einem Leitartikel am 8. d. M. sehr entschieden an den Tag gelegt hatte. In diesem Artikel werden Hannover und Sachsen getadelt, weil sie sich „in einer eben nicht loyalen Weise von ihren Verpflichtungen losgesagt“ — Friedrich Wilhelm VI. wird getadelt, weil er die Kaiserkrone zurückgewiesen — der engere deutsche Bund wird gelobt, weil er eine ganz vortreffliche Arrondirung gewähre — in Betreff Sachsens, Hannovers und Württemberg wird die Hoffnung ausgesprochen, daß sie sich doch noch dem engern Bunde anschließen ic. ic., genug alle diese Aeußerungen sind Dolchstiche, welche der gegenwärtigen Politik des österreichischen Kabinetts den Todesstoß versetzen. Vorläufig waren diese Dolchstöße aber nur

Nadelstiche, die eine sehr einflussreiche Person (nicht höchster Stelle, denn dahin möchte wohl kaum ein Oppositions-Journal dringen) sehr empfindlich berührten und sie wurden sofort zu Nägeln zum Sarge der „Presse.“ Ich würde dies nicht so ausführlich berührt haben, wenn ich nicht hierin einen trefflichen Beleg für meine neulich ausgesprochene Behauptung fände: daß Oesterreich wegen Errichtung des deutschen Bundesstaates mit Preußen auf keinen Fall einen Krieg beginnen werde, weil sonst das Wiener Kabinet dadurch einen nicht zu verachtenden Feind im eigenen Hause wecken würde. Es ist unläugbar, daß die „Presse“ ihr Terrain ganz vortrefflich gekannt hat, was daraus hervorgeht, daß es eben das bei Weitem verbreitetste Journal in Wien war; die „Presse“ würde aber aus eben dem Grunde gewiß nicht mit einer Vertheidigung des engeren Bundesstaates herausgerückt sein, wenn sie nicht geglaubt hätte, die allgemeinste Bestimmung bei dem Publikum zu finden. Und so ist's auch. Es giebt selbst Stock-Schwarz-Gelbe, welche das Zustandekommen eines engeren Bundesstaates wünschen, und zwar aus der gleichen schwarzen, diesmal aber ganz vernünftigen Ansicht: weil dann das österreichische Kabinet durch diese Isolirung gezwungen wäre, mehr auf Kräftigung und Konsolidirung des eigenen Staates zu denken, während es durch die deutschen Angelegenheiten andauernd von der Sorge für das eigene Haus abgezogen würde. Die Leute haben doch Etwas aus der deutschen Geschichte gelernt, nämlich: daß die Kaiserkrone zu Rom dem deutschen Reiche mehr geschadet hat als alle auswärtigen Feinde, die Deutschland jemals gehabt. Vielleicht mag bei ihnen auch die geheime Hoffnung mitunterlaufen: daß nach Vollendung des engeren nordischen Bundesstaates, Oesterreich nicht ganz leer im Süden ausgehen würde. Mag dem jedoch sein, wie ihm wolle, so viel steht fest: die Volkstimme würde sich gegen einen Krieg mit Preußen wegen der angegebenen Ursachen erheben und deshalb kann Preußen ruhig seinen Weg auf der betretenen Bahn fortwandeln trotz aller Noten, Proteste und Beobachtungskorps. — Nicht minder grundlos als die Idee eines preussischen Krieges ist das gegenwärtig hier sehr verbreitete Gerücht: das Ministerium Schwarzenberg wolle, um dem Reichstage zu Erfurt ein Paroli zu biegen, ein allgemeines deutsches Parlament nach Frankfurt a. M. berufen. Dies Gerücht hat unstreitig seinen Ursprung in den Wünschen unserer deutschgesinnten Demokraten, und ist dem Kabinete ein nur ähnlicher Gedanke gewiß nicht im Traume eingekommen, denn es setzt einen vollständigen Umsturz der seit dem März d. J. proklamirten Politik voraus. — Wenn man einmal Besorgnisse vor einem Kriege haben will, so muß man die Aufmerksamkeit nicht nach dem Norden, sondern nach dem Süden lenken. Dort bereiten sich Dinge vor, welche den österreichischen Heeren schon im nächsten Frühjahr wieder zu thun geben dürften. Die Stimmung in der Lombardei ist gereizter als je, wenn man noch eine Steigerung der Feindseligkeit der Italiener gegen Oesterreich annehmen will; dazu nimmt neuerdings Sardinien eine Haltung gegen Oesterreich an, welche einen nahen Bruch des erzwungenen freundschaftlichen Verhältnisses wahrscheinlich macht. Man denke an den Grund der Auflösung der Kammern in Turin, der Stimmung des Volkes bei diesem Schritte und der Nachgiebigkeit der Regierung dieser Stimmung gegenüber, indem sie neuerdings das Heimathrecht der lombardischen Flüchtlinge ausgesprochen hat, freilich mit Modifikationen, dies aber wohl nur, um Oesterreich gegenüber doch einigermaßen den Schein eines freundschaftlichen Verhältnisses zu retten. Deutlicher als alles dieses verkündet unser prekläres Verhältnis zu Sardinien die Antwort des greisen Radetzki, welche der Marschall dem Podesta von Mailand gab, als letzterer um Aufhebung des Belagerungszustandes bat, weil der Friede ja überall hergestellt sei. Es thue ihm leid, sagte Radetzki, daß er dieser Bitte nicht willfahren könne; der gegenwärtige Friedenszustand sei von keiner Dauer. „Es ist nicht unwahrscheinlich, so schloß er, daß wir nächstes Frühjahr genöthigt sein werden, eine militärische Exkursion in die sardinischen Staaten zu machen.“ — Dazu rüstet man sich mit aller Kraft, rekrutirt und verstärkt die in Italien stehenden Truppen auf alle Weise. Man will auf alle Fälle gefaßt sein, denn diesmal weiß man nicht, wie Frankreich sich stellen wird.

Wien, 12. Dezbr. [Die Interims-Mitglieder. — Frankreichs Stellung. — Das Genie-Wesen.] Nach einer lebhaften Sitzung der Minister unter dem Vorstz Sr. Majestät des Kaisers haben die beiden Mitglieder der deutschen Bundeskommission die Weisung, sich unverzüglich dahin zu bege-

ben und ihre Wirksamkeit zu beginnen, worauf sofort die Herren Schönhaas und Kübeck vorgestern Wien verließen. Für den Fall, daß die preussischen Mitglieder trotzdem zaudern sollten in Gemeinschaft mit ihnen das Werk zu beginnen, so sind diese entschlossen, mit Bevollmächtigten der deutschen Königreiche in Verbindung zu treten und mit diesen in der Entwirrung der deutschen Verhältnisse weiter vorzuschreiten. Ein solcher Vorgang, der einer Ignorirung Preußens gleichkäme, wäre jedoch ein förmlicher neuer Staatsvertrag, da bekanntlich der mit Preußen abgeschlossene über das Interim bloß die beiden Großstaaten berührt und die Königreiche hierbei gänzlich ignoriert werden. — Die Sendung des Herrn von Persigny als französischer Gesandter an den berliner Hof erregt wegen der Lage der Dinge mehr als gewöhnliche Aufmerksamkeit, indem Herr Persigny der Vertreter des Präsidenten ist und bei einem Konflikt die Sympathien Frankreichs von besonderer Wichtigkeit sein würden. — Die böhmischen Korps, namentlich das Mineur- und Sappeurkorps, dürften mannigfache Reformen erfahren, die durch die Erfahrungen der letzten Kämpfe geboten erscheinen und zum Theil auch durch die konstitutionellen Neuerungen im Bereich der Dienstzeit und dergleichen nothwendig werden. Da die Bildungsstufe der den Kaiserstaat bildenden Volkstämme in der Regel noch gering ist und eben die Civilisirtesten derselben eine unüberwindliche Abneigung gegen den Kriegsdienst hegen, so läßt sich erklären, wie die Belehrung und militärische Heranbildung der böhmischen Truppen im Ganzen, nur auf empirischem Wege geschehen kann und die theoretische Ausbildung hierbei weit zurücksteht. Bei der reinpraktischen Manier der militärischen Schulung und den rohen Elementen, die zur Verfügung gestellt sind, erscheint eine lange Dienstzeit unvermeidlich, denn gerade in dem Augenblick, als der Mann vollständig herangeschult ist und tüchtig geworden, muß er aus dem Heere entlassen werden, und da bisher leider kein vernünftig und systematisch organisiertes Landwehrwesen in Oesterreich besteht, so gehen fast die besten Kräfte für die Armee verloren, die eine wahre Danaidenarbeit verrichtet, indem sie sich stets mit der Ausbildung militärischer Kräfte abmüht, die sie doch nicht besitzen soll. Um nun dem Dilemma einer Entwerthung der technischen Truppen oder einer Konstitutionsverletzung zu entchlüpfen, will man schon bei der Rekrutirung derselben die erforderliche Rücksicht nehmen und überdies den Ausgebildeten durch besondere Begünstigungen an seine Fahne zu fesseln suchen, was die vorzüglichste Sorge des an die Stelle des Erzherzogs Johann zum General-Genie-Direktor ernannten Feldmarschall-Lieutenants Saboga bildet. Uebrigens genießen diese Truppengattungen schon jetzt eine bessere Löhnung und im Felde bei Belagerungsarbeiten haben sie entsprechende Zulagen. Bei dem Vorgehen mit der fliegenden Sappe im Feuer des Plages, hat der Mann, welcher hierbei zum Schutz gegen Wallflinten mit Helm und Panzer angethan ist, für jede Stunde 1 Dukaten in Gold.

[N. B. Wien, 12. Dezember. (Tagesbericht.)] Sicherem Vernehmen nach wird die „Presse“ schon morgen oder übermorgen wieder erscheinen. Es wird versichert, daß Herr Otto Hübner, Verfasser von „Oesterreichs Finanzlage und seiner Hülfquellen“ wegen mehrerer Artikel in der „Presse“ ausgewiesen worden ist. — Man giebt sich der Ueberzeugung hin, daß in der Sache der ungarischen (Kossuth's) Noten noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. Die sich immer mehr herausstellenden Selbstverlegenheiten in Ungarn und die daraus erwachsenden höchst nachtheiligen Rückwirkungen geben den nächsten Anlaß dazu. Ein anerkannt konservatives Blatt — der „Lloyd“ — giebt in seinem hettigen Leitartikel eine mäßige Vergütung dieser Noten wiederholt und in unveränderter Ansicht als das wesentlichste Mittel an, um den ungarischen Zuständen zu Hilfe zu kommen. Die Stadt Klausenburg in Siebenbürgen hat allein an zwei Millionen davon, wobei über 800,000 St. Eigenthum der dortigen Bürger waren abgeliefert und findet sich dadurch auf den äußersten Ruin gebracht. Demzufolge hat auch heute eine Deputation dieser Stadt, bestehend aus den Herren Joseph Söts, k. Professor und Dr. med., Daniel Palatta, Dr. med., und Joseph Hutter, Bürger und Grundbesitzer, — eine Petition Sr. Maj. dem Kaiser um Nachlaß und resp. Rückersag der auferlegten Kriegssteuern (410,000 Fl.) und Lieferungen — zugleich mit Huldigungs-Adresse überreicht. Die Deputirten wollen bereits seit 7 Wochen hier, ehe es ihnen gelang, eine Audienz bei dem Kaiser zu erhalten. — Man will wissen, daß ein Theil des Militärs für die nächsten drei Tage consignirt worden sei. Für die Wirths- und Kaffeehausinhaber, sowie für deren Gäste sind, wegen Schließung der Lokalitäten zur bestimmten



Stunde, die Vorschriften verschärft worden. — Bei Gelegenheit der jüngsten in effigie stattgefundenen Hinrichtung fielen viele Verhaftungen vor, was bei den vielfach ausgesprochenen Aeußerungen nicht befremdet. — Der Kaiser hat auf Antrag des Handelsministers am 7ten d. seine Genehmigung ertheilt zur Vorrückung der Feste zwischen der Augustiner- und Wasserfont-Bastion, so wie zur Errichtung eines neuen kärnthner Theaters und der Errichtung eines neuen Hofopertheaters. — Gegen die beantragte Zurückberufung des Gesandten der französischen Republik in Wien erfahren wir aus glaubwürdiger Quelle, daß Herr v. Beaumont hier bleiben wird. Man fügt hinzu, daß Fürst Schwarzenberg sich deswegen in einem besonderen Schreiben an den Präsidenten der Republik gewendet haben soll.

Italien.

○ Turin, 5. Dezember. Was man auch über die piemontessischen Zustände von hier melden mag, so steht doch so viel fest, daß sich das konstitutionelle Prinzip hier erhalten wird. Hier ist kein Proletariat zu fürchten, eben so wenig wie eine Reaktion durch die Geistlichkeit, und obwohl die Aristokratie — hier in dem einzigen Lande Italiens — gern den Hof leiten möchte, so haben doch Männer aus den ersten Familien, wie Balbo, Azeglio, Cavour, Vesme u. A. m. zu viel Bildung, um zurückzugehen, und sind zu selbstständig, um den Hof zu brauchen. Am meisten fürchtet man die republikanischen Utopisten, besonders aus der Lombardei, weil man darunter österreichische Agents provocateurs bemerkt hat. Diese Macht wendet nämlich fortwährend alle Metternichschen Mittel an, um es dahin zu bringen, daß auf eine oder die andere Weise die piemontessische Constitution falle, denn so lange dieser Staat konstitutionell bleibt, wird sich Oesterreich nie sicher im Besitz der Lombardei befinden. Auffallend ist es, daß unsere Flotte durchaus auf Kriegsfuß gesetzt und verproviantirt wird.

Osmanisches Reich.

Der Lloyd enthält Nachrichten aus Konstantinopel bis zum 1. Dezember. Weder das französische noch das englische Geschwader hat den bisherigen Standort verändert. Ersteres ankert noch in der Besika-Bai und letzteres in den Gewässern von Bursa. Der Vice-Admiral Parzeval-Deschènes wurde am 30. v. M. in Smyrna erwartet. — Unter den Reisenden, welche in der letzten Zeit den Orient besuchten, befindet sich der norwegische Gelehrte Professor Sæmark, welcher im Auftrage seiner Regierung zoologische und mineralogische Untersuchungen in der Gegend von Smyrna anstellt. Auch mehrere ausgezeichnete holländische Touristen beschäftigen sich jetzt mit gelehrten Forschungen in Syrien.

Frankreich.

Paris, 10. Dezember, Abends 8 Uhr. Gestern war Abendessen bei Dupin; zugegen waren Louis Napoleon, Thiers, Berryer und Molé. — Der 10. Dezember ist ruhig abgelaufen. Der seit so lange befürchtete Staatsstreich ist so wenig ins Leben getreten, als eine Emeute. — Die beabsichtigte Wiedereinführung der Getreisteuer verbreitet namentlich im Süden Frankreichs große Aufregung. Man spricht sogar von Vorbereitungen zu einer Steuerverweigerung. — Bei der von der Regierung projektierten Reorganisation der Nationalgarde soll das Proletariat ausgeschlossen werden. Die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene republikanische Regierung sieht sich also eben so, wie die Monarchien, zur Reaction gegen die „breiteste Grundlage“ gezwungen.

Der heroische Widerstand der Araber in der Zaatcha bestätigt sich. Sie sind alle, 800 an der Zahl, bis auf den letzten Mann gefallen, keiner hat um Pardon gebeten. Der „Moniteur Algerien“ berichtet, daß, „um den Arabern keinen Zweifel über das verdiente Loos der Hauptanführer des Aufstandes zu lassen, ihre Köpfe in dem Lager des Generals Herbillion ausgestellt seien.“ Diesem barbarischen Verfahren kommt nur der Cynismus gleich, mit welchem man es bekannt macht. Hat denn der nationale Egoismus die öffentliche Meinung in Frankreich so erniedrigt, daß nicht ein Wort der Anerkennung für dieses unglückliche, der Vernichtung geweihte Volk sich hören läßt, das mit einem Heroismus, der unübertroffen ist von den Großthaten, welche die Geschichte uns aufbehalten hat, seine Nationalität und seinen Glauben vertheidigt?

(Konst. 3.)

Lokales und Provinzielles.

§ Breslau, 13. Dezember. [Dreizehnte Sitzung des Schwurgerichts.] Vor den Schranken erschien heute die unverheh. Mathilde Mutka wegen vierten Diebstahls. Die Angeklagte ist 32 Jahre alt, kathol. Konf. und bereits 9 Mal bestraft; auch hat sie bereits die ordentliche Strafe des 3ten Diebstahls erlitten. Das Geschwornenpersonal bildete sich aus den Herren: A. Elener, G. Elener, J. v. Eckow, L. Wohlauer, A. v. Schumann, G. v. Bethusy, F. Häusler, M. v. Wittwig, G. v. Elener, K. A. Schubert, G. Gabisch, A. Scholz; zu Stellvertretern wur-

den bestimmt die Herren G. v. Fock und K. W. Noak. Aus der Anklageschrift ergibt sich folgender Thatbestand. Nachdem Angeklagte eine geraume Zeit bei der Invalidenfrau Schmeyer gewohnt hatte, verließ sie jene Wohnung in Abwesenheit der Wirthin und nahm einige der letzteren gehörige Kleidungsstücke mit sich. Außer einem Oberrock, ein Paar Schuhen und einem alten Tuche vermischte die Eigenthümerin noch einige Gegenstände, deren Entwendung der Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte. Die gestohlenen Sachen hatten den Werth von 12 Sgr. Vom Präsidenten befragt, gesteht die Angeklagte, jene Sachen mitgenommen zu haben, doch bestreitet sie die diebische Absicht. Sie giebt vor, daß sie jene Kleider nur zur Abstattung eines Besuchs benutzen und gleich darauf der Eigenthümerin wieder zustellen wollte. Da es ihr jedoch an Geld mangelte, so habe sie die Sachen verkauft. Als Belastungszeugin tritt die Witwe Schmeyer auf, durch deren Aussagen der Diebstahl festgestellt wird. Herr Staatsanwalt Schröter sieht die Thatfrage durch das eigene Geständnis der Angeklagten als entschieden an und beantragt demgemäß das „Schuldig.“ Die Fragestellung lautete:

Ist Angeklagte schuldig, der Invalidenfrau Schmeyer ohne deren Wissen und Einwilligung um ihres Vortheils willen ein Kleid, Tuch und Schuhe entwendet zu haben?

Die Geschwornen erklärten die Angeklagte für schuldig mit den in der Frage enthaltenen Umständen. Die Staatsanwaltschaft motivirte den Straf Antrag mit Hinweisung auf § 1161 St. R. In Uebereinstimmung mit den Anträgen der Staatsanwaltschaft verurtheilte der Gerichtshof die Angeklagte zu lebenswieriger Zuchthausstrafe.

Nach einer längeren Pause wurde um 10 1/2 Uhr der Gerichtsmann Gottl. Bartisch aufgerufen. Derselbe ist wegen Majestätsbeleidigung in Anklagestand versetzt. Das Schwurgericht bestand für den vorliegenden Fall aus den Herren: G. Elener, A. v. Schumann, A. Elener, A. Scholz, K. W. Noak, K. Hoffmann, A. v. Dreski, G. v. Elener, F. Häusler, G. Müller, K. H. Nährig, F. v. Wallenberg; Stellvertreter: G. v. Kiers, P. Schnigler. Bei der Auslosung machte die Staatsanwaltschaft gegen 7, die Vertheidigung gegen 6 Geschworne vom Ablehnungsrechte Gebrauch. Vom Präsidenten befragt, macht der Angeklagte über seine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben: Ich bin 46 Jahre alt, ev. Konf., verheirathet und war bisher noch nicht in Untersuchung. Hierauf wurde die Anklageakte vom Gerichtsschreiber verlesen. Im November v. J. soll Bartisch in einem Gemeindeedict des Dorfes Strelitz bei Delitz die Aeußerung gethan haben: „Der —, der König hat längst den Strick verdient, und die Berliner hätten gut gethan, ihn nach der Revolution am 18. März aufzuknüpfen.“ — Auf Befragen des Präsidenten erklärt der Angeklagte, daß er unschuldig sei. Er bestreitet die inkriminirte Aeußerung und behauptet, man habe ihm dieselbe aus Nachsicht untergeschoben. Der Gemeindeversammlung hätten sehr viele Männer brigewohnt. Fünf derselben habe er als Entlastungszeugen mitgebracht, um durch ihre Aussagen darzutun, daß wenn die fragliche Aeußerung gethan wäre, sie auch von allen Anwesenden hätte gehört werden müssen. Da jedoch jene 5 Männer zeugen würden, auch nicht ein Wort der ihm zur Last gelegten Aeußerung gehört zu haben, so werde dadurch seine Unschuld erwiesen werden. Gegen die Belastungszeugen macht Angeklagter den Einwand, daß er mit ihnen in einem feindseligen Verhältnis lebe. Das Zeugenverhör begann mit der Vernehmung des Belastungszeugen Gurn. Dieser bekundet, in der beregten Versammlung mit dem Angeklagten und noch zwei anderen Gerichtstheuren an einem besonderen Tisch gesessen zu haben, während die übrigen Mitglieder auf entfernten Bänken Platz genommen hätten. Nach Verlesung der Amtsblätter habe Angeklagter die Aeußerung gethan, welche den Gegenstand der Anklage bildet. Dasselbe sagt der Gerichtsmann Spieler aus. Dagegen weiß der Gerichtsmann Schmidt sich der beleidigenden Aeußerung nicht mehr zu erinnern, er bestätigt nur den allgemeinen Hergang der Sache. Von den 5 Entlastungszeugen kann nur einer mit Bestimmtheit angeben, daß er in der mehr erwähnten Versammlung gewesen sei, und die fragliche Aeußerung nicht vernommen habe. Die übrigen beantworteten die Frage des Vorsitzenden: „Was wissen Sie von der Sache?“ mit den Worten: „Wir wissen gar nichts!“ — Auf die zweite Frage: „Waren Sie in jener Gemeinde-Versammlung anwesend?“ erwiderten die meisten: „Das wissen wir nicht.“ Dieser Zwischenfall erregte die allgemeinste Heiterkeit. Die Vertheidigung hatte beabsichtigt, auf die Vernehmung der letzten Zeugen im Interesse des Klienten zu verzichten. Der Angeklagte weigerte sich jedoch, diesem Ansinnen nachzugeben. So wurde denn das Verhör zu Ende geführt. Hr. Staatsanwalt Schröter beantragt mit Hinweisung auf die übereinstimmenden Aussagen der Belastungszeugen gegen den Angeklagten das „Schuldig.“ Der von Amts wegen gestellte Vertheidiger, Hr. Ref. Wottstein, sprach die Vermutung aus, daß der Anklage gegen seinen Zweifelnden eine ländliche Kabale zum Grunde liege. Wenn aber die Geschwornen dennoch die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten gewonnen hätten, so möchten sie dessen Unzurechnungsfähigkeit berücksichtigen und ihn von der beleidigenden Absicht freisprechen. Der geringe Bildungsgrad des Angeklagten, sein unbescholtener Lebenswandel, so wie seine ganze Persönlichkeit sprächen dafür, daß er nicht im Stande sei, aus bösem Willen die Person des Königs zu beleidigen. Wahrscheinlich sei die inkriminirte Aeußerung, wenn sie überhaupt gethan wurde, nur aus Uebereilung geschehen. Die Strafe der Majestätsbeleidigung werde herabgewürdigt, wenn sie einen Unschuldsigen treffe. Man möge sich daher hüten, jede am Nichtschuldig gethane Aeußerung vor Gericht zu ziehen, weil dann ein unschuldiger Scherz oder voreiliges Wort einer Bestrafung unterliegen würde, welche nur für böswillige Verbrecher bestimmt sei. Am Schlusse des Resumés legte der Präsident den Geschwornen folgende Frage vor:

Ist der Angeklagte schuldig, in der Absicht das Staats-Dberhaupt zu beleidigen, die in der Anklage enthaltene Aeußerung gethan zu haben?

Dem Antrage der Vertheidigung, die beleidigende Absicht von der Thatfrage zu trennen, war vom Gerichtshofe nicht stattgegeben worden. Die Geschwornen sprachen einstimmig das „Schuldig“ aus. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine 2jährige Gefängnisstrafe. Durch das richterliche Erkenntnis wurde der Angeklagte zu einer 6monatlichen Gefängnisstrafe nebst Verlust der Nationalfarbe verurtheilt.

\* Bunzlau, 12. Dez. [Städtisches.] Wenn das so fort geht, werden die städtischen Behörden in

Schlesien bald sehr militärisch gesinnt sein, welches gewiß seine gute Seite hat, wenn das in der Verfassung vom 5. Dezbr. verheißene Institut der Bürgerwehr ins Leben treten sollte. So wie in Breslau ein Lieutenant a. D. zum Stadtrath, so ist hier ein Major a. D., Hr. Nethc, zum Rathmann gewählt und jetzt von der Regierung bekräftigt worden. Der neue Rathmann hat das Bürgerrecht hiesiger Stadt nachgesucht und erhalten.

IV. Groß-Glogau, 12. Dezbr. [Kommunal-Angelegenheiten. — Vermischtes.]

Um der arbeitenden Klasse, sowie den betreffenden Gewerbetreibenden hierorts einigermaßen bei den drückenden Zeitverhältnissen mit Arbeit zu Hülfе zu kommen, wurden, wie bereits schon früher berichtet, umfassende größere Bauten von Seiten der Stadt in Angriff genommen, welche nicht unbedeutende Ueberschreitungen des Etats zur Folge hatten. Der An- und theilweise Umbau des alten Rathhauses und die Kanalisierung und Breiterlegung der großen Oderstraße verursachte allein eine Mehrausgabe von über 7000 Rthlr. und beträgt überhaupt die Etat-Ueberschreitungs-Summe pro 1849: 10,344 Rthlr. 6 Sgr. 3 Pf., für welche die nachträgliche Genehmigung der Stadtverordneten eingeholt wurde. Diese bemerkten jedoch, daß eine so lange verzögerte Anzeige von Seiten des Magistrats nicht zu billigen sei und in ähnlichen Fällen bei künftigen Etats-Ueberschreitungen die darauf bezüglichen Anzeigen zu rechter Zeit zu stellen seien. — In Bezug auf Errichtung eines Gewerberaths am hiesigen Orte, welche Angelegenheit von einem Mitgliede der Stadtverordneten-Versammlung in Anregung gebracht worden war, ging vom Magistrats-Dirigenten die Erklärung ein: daß die darauf bezüglichen, in der Zusammensetzung des Gewerberathes vom Gesetze abweichenden Anträge sofort vom Magistrate beim königl. Ministerium eingereicht worden seien, worauf noch der Bescheid zu erwarten stände. — Wegen Ablauf der Wahlperiode (12 Jahre) des Stadtsyndikus Berndt (jetzt Abgeordneter der zweiten Kammer) mit Ende September künftigen Jahres, wird die Einleitung der Neuwahl getroffen, welche, wenn nicht alle Wahrscheinlichkeitsberechnungen trügen, wieder auf Herrn Berndt fallen dürfte. — Der hieselbst verstorbene Kaufmann Isaak Zaller Sohn legte ein Kapital von 10,000 Rthl., welches beziehungsweise auf 12,000 Rthl. erhöht wird, dessen Zinsen nebst freier Amtswohnung einem jüdischen Gelehrten gewährt werden sollen, der das 40. Lebensjahr erreicht und seine Rabbinatsfähigkeit vor drei Rabbinatsgerichten (Besdin) bescheinigt beizubringen im Stande ist. Die Wahl fand vorgestern statt und fiel mit 9 gegen 4 Stimmen auf den schon seit langen Jahren bei hiesiger jüdischer Gemeinde angestellten Oberlehrer Arnheim. Trozdem der Gewählte im Besitze der günstigsten Zeugnisse von den Rabbinaten zu Dresden, Göttingen u. A. und die Wahl sowohl nach den gesetzlichen als testamentarischen Bestimmungen in aller Ordnung vollzogen worden ist, werden die 4 dissentirenden Stimmen auf Grund einiger mehrdeutigen Testamentsklauseln bei Einer königl. Regierung Protest einlegen, welche Maßregel nicht ohne Erfolg sein dürfte. — Die 2. Sitzungsperiode der Geschwornen wird auch in diesem Monate noch nicht eröffnet, sondern erst künftigen Monat; der Vorlagen sollen nicht wenige sein, worunter leider auch wieder — wie andernorts — politische Prozesse.

\* Wohlau, 12. Dez. [Adresse.] Der „politische Verein“ zu Dyhernfurth hat in der Sitzung vom 9. Dezember, welche außerordentlich zahlreich besucht war, eine Adresse an Waldeck beschloffen und abgesandt. Die Adresse ist eben so herzlich und einfach als gemäßigt abgefaßt.

Grottkau, 8. Dezember. [Militärisches.] Die reitende Batterie Nr. 18, unter dem Kommando des Premier-Lieutenant v. Kalbacher, welche früher in Frankenstein garnisonirte und zuletzt am badischen Feldzuge Theil genommen, rückte aus letzterem zurückkehrend heute Vormittag hier ins Kantonnierungs-Quartier. Die Batterie war in Glaz demobil gemacht worden, brachte aber sämmtliche überflüssig gewordene Pferde mit hierher, welche zum 11. d. Mts. hier versteigert werden sollen. (Grottk. Bl.)

\* Gleiwitz, 10. Dezember. [Schwurgericht.] Heute wurde die zweite Sitzungsperiode der Geschwornen bei dem hiesigen Schwurgerichte eröffnet. Es lag eine Anklage gegen den Schuhmacher Thomas Staschel wegen vorsätzlicher Brandstiftung vor. Der Angeklagte ist bereits einmal wegen Fischdiebstahl mit 3 Tagen Gefängnis bestraft worden. Die Belastungszeugen sagten aus, daß der Angeklagte in Feindschaft mit dem Besitzer des abgebrannten Eigenthums gelebt und mehrmals mit Brandstiftung gedroht habe; er soll ferner früher einige Male die Fenster des abgebrannten Hauses eingeworfen haben, und am Abende, an welchem das Feuer ausgebrochen, in der Nähe je-



nes Hauses gesehen worden sein. Die Entlastungszeugen befundeten mit mehr oder minderer Sicherheit das „Alibi“ des Angeklagten. — Die Geschwornen sprachen das „Nichtschuldig“ aus.

\* [Zu einem Kinde der Kreuz-Zeitung findet sich ein Vater.] In Nr. 287 der Bresl. Zeitung meldet ein Korrespondent aus Hirschberg, daß der dortige Veteranen-Verein in einem Straßenplakate erkläre: die in der Kreuz-Zeitung veröffentlichte, an Se. Majestät gerichtete und von dem Veteranen-Verein zu Hirschberg angeblich unterzeichnete Adresse sei letzterem Vereine gänzlich unbekannt. Der Vorstand jenes Veteranen-Vereins erklärt noch mehr: daß er die feste Ueberzeugung habe, es werde nie ein Mitglied des genannten Vereins einer Adresse beitreten, noch weniger eine solche abfassen, welche alle Achtung vor Sr. Maj. dem Könige gänzlich aus Augen setze. (In dieser Adresse wurde nämlich die Abschaffung der Konstitution und die Aufhebung der Volksvertretung verlangt und mehrere Scheußlichkeiten ausgesprochen, die wir hier nicht erst wiederholen wollen.) Man wußte nun lange nicht, wer denn eigentlich der Verfasser und Einsender jener berüchtigten Adresse sei, bis endlich die gestern angelangte Kreuz-Zeitung Aufklärung hierüber brachte. Dieselbe enthält nämlich folgende „Erklärung“, welche wir der Aufmerksamkeit der Leser empfehlen, da sie ein helles Licht auf die Pläne und Absichten der Reaktion wirft. Die Erklärung lautet:

#### Erklärung.

Ich habe die Adresse des Hirschberger Veteranen-Vereins veröffentlicht und zwar, obwohl ich Konzipient derselben bin, doch ohne Autorisation des Vereins oder des Herrn Major Krause zu Hirschberg, welcher dort an der Spitze des Vereins steht. Ich hörte, daß die Adresse abgeschickt sei, wußte aber nicht, daß sie nicht an Se. Majestät, sondern an den Hauptverein zur Begutachtung gesandt worden. Herrn Major Krause sowohl als den Verein trifft daher nicht der geringste Vorwurf, sondern mich allein, wenn überhaupt von einem Vorwurfe die Rede sein kann, und ich nehme einen solchen Vorwurf sowohl als die Folgen der Veröffentlichung mit Vergnügen auf mich. Wer einmal die Revolution bekämpft, der muß es meiner Meinung nach nicht nur thun, wenn es ohne persönlichen Nachtheil geschehen kann, sondern jede Gelegenheit mit Freuden ergreifen, die Revolution ins Gesicht zu schlagen. Ich will damit nicht sagen, daß mich die Revolution Wunder nimmt, — keineswegs; sie war eine nothwendige Folge des langen Friedens, der eine Menge Kräfte schuf, ohne sie zu konsumiren. Jeder Dampfessel plagt, wenn man ihn fort und fort heizt, ohne die Dämpfe zu verbrauchen. Aber die Dummheit, Nichtswürdigkeit und Feigheit derer nimmt mich wunder und erfüllt mich mit Ekel und Abscheu, welche die nächste Veranlassung des Ausbruchs waren und die Bewegung leiteten. Der Affe, der sich barbaren will, weil er's bei seinem Herrn gesehen hat, und sich das Gesicht zerseht, ist noch wüthiger gegen unsere deutschen Freiheitsmänner, denn er wirft doch wenigstens das Messer weg, wenn er sich geschnitten hat. Seit 60 Jahren beweist Frankreich, daß es nicht geht, was die Freiheitsmänner wollen. Schadet nichts! was nützt der Kuh Muskat, sie frisst doch Hafferstroh; je dünner eine Sache, je mehr findet sie Anklang bei den Stimmführern in Deutschland. Warum kopirt man England nicht?

Was ich übrigens in jener Adresse sagte, kann man bei uns jeder Zeit hören, nur mit anderen Worten. Sol' der Teufel die Konstitution, sagen die Leute, wir wollen Verdienst haben, der König soll allein regieren. — Hätte man das, was die Revolution und ihre Folge kosten, den Armen zugewendet, so wäre Alles gut; ein Beweis, daß öffentliche Meinung, vom literarischen Pöbel repräsentirt, und Volksmeinung sehr zweierlei ist. Unsere Revolution ist übrigens noch nicht zu Ende, sie gleicht einem verbordenen Gewitter. Je eher sie wieder beginnt, je besser für die, welche sie vernichten wollten und werden. Das Fortbauen auf der revolutionären Basis, aus dem höchsten Grade von Gemeinheit zusammengesetzt, würde ein fortgesetzter Betrug an der Wohlfahrt des Volkes sein, besonders des hilfbedürftigen Theils, der stündlich an Kopfzahl wächst. Auf einem solchen Grunde kann kein Glück gelingen. Wer also des Volkes Lage kennt und es wohl mit dem Volke, besonders den Armen meint, der muß wünschen, daß die Sache eine andere Wendung nimmt, ehe Preußen und Deutschland in Schmach und Elend versinkt, eine Beute fremder Mächte wird.

Diese meine Ansicht werde ich festhalten, stets ihr gemäß handeln und was ich thue und sage, gegen Jeden vertreten, der etwas dagegen einzuwenden hat.

Alt-Demnitz, den 8. Dezember 1849.

Graf von Bresler.

### Mannigfaltiges.

— (Potsdam.) Am 8. d. M. starb nach längerem Unwohlsein der berühmte Kanzelredner, ehemals

lige evangelische Bischof und Generalsuperintendent der Provinz Sachsen, Dr. Bernhard Dräseke, nachdem ihm im Laufe eines Vierteljahres drei Töchter im Tode vorangegangen waren. Derselbe ward, seinem Wunsche gemäß, am 11. d. M. in aller Stille und ohne alles Gepränge beerdigt. (Ref.)

— (Wien.) Jüngst ereignete sich nächtlicher Weile ein Schwank, den eine gewandte Feuilletonistenfeder leicht in eine artige Novelle verwandeln kann. Ein geachteter Waschart, den der Wirth zur Stadt Baden von einem durchreisenden Amerikaner gekauft hatte, war durch die jetzige Polarkälte an seine heimatliche Freiheit erinnert worden und verließ heimlich den Behälter. Auf dem Lobkowitzplatz begegnete er in aufrechter Stellung einem Gewölbehüter, dessen Mangel an naturhistorischer Bildung sich durch eine eilige Flucht aussprach. In Gemeinschaft mit der Schildwache im Kärnthnerthore griff er sodann das ihn verfolgende Ungethüm an, das auf das Werda? keine Antwort gab und deshalb sofort getödtet wurde.

[Flachsbaum.] Neuerdings ist eine Erfindung im Flachsbaum gemacht worden, welche unserer Ansicht nach eine Revolution in demselben hervorbringen muß. Es ist die patentierte amerikanische Erfindung der Flachsströfung, womit in diesem Augenblicke in Newport in Irland Versuche im Großen gemacht werden. Laut dem jüngsten Berichte des Komitees der irischen Flachsbaum-Gesellschaft sind diese auf das Vortheilhafteste ausgefallen. Die Arbeit ist binnen 60 Stunden vollendet, anstatt daß sie früher von 2 zu 20 Tagen erforderte; diese Operation soll 10 bis 20 pCt. mehr Flachs ergeben, als nach dem alten Verfahren und kann die Ernte einer ganzen Gegend an einem Ort fabrikmäßig behandelt werden. Hier eine allgemeine Beschreibung der am Newport-Fluß bestehenden Anlagen, in deren Nähe Flachsströfen errichtet sind, um das geröstete Material gleich weiter verarbeiten zu können. In dem Gebäude bestehen 4 Bottiche von zölligen Bohlen in Form eines Parallelogramms, 50 Fuß lang, 6 breit und 4 tief. Sie haben durchlöcherete falsche Böden. Unter diesen sind Dampfrohre angebracht, um vermittelst eines Hahns die Heizung nach Belieben zu bewirken. Der Kessel, welcher den Dampf erzeugt, dient gleichzeitig zum Betriebe von zwei Trockenmaschinen. Der Flachs wird in die Bottiche in etwas schräger Richtung gepackt; ebenso wie in gewöhnliche Teiche. Dann wird ein Rahmen zur Befestigung aufgelegt und Wasser eingelassen. Dann öffnet man den Dampf und in 18 bis 20 Stunden hat die Wärme 85—90 Grad erreicht. Dann wird der Dampf abgeschlossen, die Gährung beginnt und 40 Stunden später ist die Operation beendet. Ueber 90 Grad darf die Wärme nicht steigen, ohne der Farbe und Qualität zu schaden. Das Wasser wird abgezapft und dient als Sauche zum Düngen. Der Flachs wird aus dem Bottich genommen und in die Entwässerungsmaschine gebracht, welche aus einem runden eisernen Cylinder besteht, sich vermittelst Dampf ungemün rasch dreht und durch die Centrifugalkraft das Wasser auswirft. Jeder Bottich enthält 40 Zent. Flachsstengel, welche in wenig Stunden abgetrocknet sind. Herausgenommen trocknet man den Flachs vollständig in freier Luft und im Winter in durch Dampf geheizten Räumen auf Lattenböden. Wöchentlich werden 10 Bottiche oder 400 Zentner Flachsstengel in diesem Etablissement geröstet, welche 40 bis 50 Zent. Flachsfasern liefern. Demnach kann die Anstalt in einem Jahre 2400 bis 3000 Zent. Flachs auf den Markt bringen, welche das Produkt von 460—470 Kahlenberger Morgen sind. — Die Feuerung geschieht mit Flachsabfällen und etwas Torf. Man schlägt die Kosten des Röstens, Heizung und Brechen des Flachs auf 70 bis 77 Rtl. pro Zentner, oder ungefähr 71 Rtl. für den Kahlenberger Morgen. Die Kosten des Brechens abgerechnet bleiben 8 Rtl. per 1 Kahlenberger Morgen für Rösten und Trocknen. Bei dem Rösten und Trocknen sind 40 Männer und 30 Weiber beschäftigt. Die Brechmühle hat 12 Ständer, wovon jeder täglich 3½ Stein aufbringt; sie beschäftigt 12 Männer und 11 Weiber und ist kaum genü-

gend, den Flachs der Anstalt zu verarbeiten. Der in der ganzen Anstalt verausgabte Tageslohn beträgt jährlich 10,000 Rtl. Die Dekonomen liefern ihren Flachs im rohen Zustande, mit dem Saamen wie er auf dem Felde getrocknet ist, ab, und wird derselbe nach Bedürfnis abgedroschen. Es verdient bemerkt zu werden, daß der Flachs, welcher nach Contral's Methode getrocknet und nach dem patentirten System geröstet ist, eine viel feinere Faser giebt, als auf dem alten Wege. Ueberhaupt hat dieses fabrikmäßige Verfahren den Vortheil, daß alle Arbeit durch kunstgerechte Hände geschieht und der Flachs in großen Partien, in gleicher Farbe und Qualität geliefert werden kann und der Dekonom sich bloß mit dem Bau der Stängel zu befassen hat. Der Besitzer einer solchen Anstalt würde der Hauptflachshändler seines Kreises werden und im Stand sein, die einheimischen Spinnereien regelmäßig zu bedienen. P. C.

### Insertate.

Nach unserer Trennung von dem schlesischen konstitutionellen Provinzial-Komitee, zu welcher wir uns verpflichtet fühlten, um unsere Selbstständigkeit zu wahren, sind wir von demselben in dem in der Schlesischen Ztg. Nr. 291 abgedruckten Aufruf an die konstitutionelle Partei Schlesiens auf eine Weise angegriffen worden, die uns freilich nicht überrascht hat, die aber zugleich unsere Handlungsweise so vollkommen rechtfertigt, wie wir es selbst kaum vermocht haben würden. Wir wollen keinesweges uns loslagern von allen denen, die einer vielleicht etwas konservativen Richtung zugethan sind, als wir, aber wir konnten uns nicht in's Schlepptau nehmen lassen von Repräsentanten von Vereinen, die kein Recht haben, uns die monarchisch-konstitutionelle Gesinnung abzusprechen, während sie noch niemals einen Beweis gegeben haben, daß sie ebenso für die konstitutionellen Freiheiten und Rechte des Volkes wie für die Rechte der Krone eintreten.

Die in dem Aufruf enthaltenen Verdächtigungen weisen wir auf das Entschiedenste zurück und würdigen sie keiner weitern Besprechung.

Breslau, den 12. Dezember 1849.

Das Komitee des schlesischen konstitutionellen Centralvereins.

### Bersammlung des schlesischen konstitutionellen Central-Vereins.

Freitag den 14. Dezember Abends 6 Uhr im König von Ungarn.

Tagesordnung: 1) Präsidentenwahl. 2) Verschiedene Vereinsangelegenheiten. 3) Congress-Programm. 4) Grundsätze für die Wahlen zum deutschen Volks-hause in Erfurt.

### Städtische Ressource.

Da künftig zu den Dinstags-Versammlungen der städtischen Ressource nur diejenigen Zutritt erhalten, welche (mit Ausnahme einzuführender auswärtiger Gäste) sich als Mitglieder durch Vorzeigung ihrer Mitglieds-Konzert-Karte ausweisen, so werden diejenigen, welche noch keine Mitglieds-Konzert-Karte besitzen, ersucht, solche Freitag den 14., Sonnabend den 15., oder Montag den 17. Dezbr. (täglich früh von 9 bis 12 und Nachmittags von 2—4 Uhr) in der Bade-Anstalt an der Matthias-Kunst in Empfang zu nehmen.

Der Vorstand der städtischen Ressource.

## Zu Weihnachtsgeschenken empfehlen Grass, Barth u. Comp., Herrenstrasse 20.

Bei Grass, Barth u. Comp. in Breslau und Oppeln, in unterzeichneten und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

### Der Elementar-Zeichen-Unterricht

zur Selbstbeschäftigung für die Jugend, nach einer neuen, leichten und angenehmen Methode.

Mit 200 lithographirten Zeichnungen. (Ernst, Quendlinburg.) Preis 10 Sgr.

Bei Kuhnemey in Piesnitz, Flemming in Slogau, Ziegler in Briesg, Burckhardt in Meisse, Bredul und Förster in Gleiwitz und bei Heege in Schweidnitz vorräthig.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Breslau vorräthig bei Grass, Barth und Comp., Herrenstrasse Nr. 20:

### Schiller's Gedichte.

2 Theile in 1 Bande. Wohlfeile Taschenausgabe. Preis 15 Sgr. Leipzig, November 1849. F. C. W. Vogel.

In Baumgärtner's Buchhandlung in Leipzig ist erschienen und vorräthig in der Buchhandlung Grass, Barth u. Comp. in Breslau, Herrenstrasse Nr. 20:

Böckelius, Louise, Weihnachts- und Neujahresgedichte zum Auswendiglernen für Kinder. Eleg. carton. 16. Preis 6 Sgr.

Zit, Kathinka, Geographie in Versen, zur Uebung des Gedächtnisses der lieben Jugend, als zweckmäßiges Mittel zum schnellen Erlernen und Behalten des Wichtigsten aus der Geographie. 8. Eleg. carton. Preis 9 Sgr.



**Theater-Nachricht.**  
 Freitag den 14. Dezbr. 65te Vorstellung  
 des Abonnements von 70 Vorstellungen.  
 „Der Barbier von Sevilla.“ Romi-  
 sches Oper in 2 Akten, Musik von Rossini.  
 Sonnabend den 15. Dezbr. 66te Vorstellung  
 des Abonnements von 70 Vorstellungen.  
 Neu einstudirt: „Der reiche Mann“,  
 oder: „Die Wasserkur.“ Lustspiel in  
 4 Akten von Dr. Carl Löffler.

Zur Theater-Lotterie-Abonnements-  
 Verloosung sind ganze Loose zu 4 Rthlr.  
 und halbe Loose zu 2 Rthlr. Morgens  
 von 9—12 Uhr und Nachmittags von  
 2—4 Uhr im Theater-Bureau und im  
 Comtoir Herrenstraße Nr. 28 zu haben.

**Verlobungs-Anzeige.**  
 Die Verlobung unserer Tochter Louise  
 mit unserem Neffen, dem Kaufmann Herrn  
 Albert Landé hier, zeigen wir Verwandten  
 und Freunden hiermit ergebenst an.  
 Berlin, den 3. Dezember 1849.  
 M. A. Stern und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:  
 Pauline Krotoschiner.  
 Heimann Fränkel.  
 Strowo und Lisa.

**Entbindungs-Anzeige.**  
 Die glückliche Entbindung meiner lieben  
 Frau Ernestine, geb. Fellenberg, von  
 einem gesunden Knaben, zeige ich Freunden  
 und Bekannten, statt jeder besonderen Mel-  
 dung, hierdurch ergebenst an.  
 Görlitz, den 8. Dezember 1849.  
 A. F. Herben.

So eben erschien und ist bei **A. Schulz**  
 u. Comp. in Breslau, Altbücherstraße  
 Nr. 10, an der Magdalenenkirche, für 3  
 Sgr. zu haben:

**Das Buch  
 der nächsten Zukunft.**  
 Ober: Vorgesichte (Vorgeschichten) und  
 Prophezeiungen aus dem Volke über  
 die nächsten politischen und socialen  
 Ereignisse des Jahres 1850.  
 Berlin, bei Friedr. Gerh. d.

Bei Berendsohn in Hamburg ist erschie-  
 nen und bei **G. W. Nerholz** in Bres-  
 lau (Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53) zu  
 haben:

**Zwölfte Auflage. 6000 Exempl.**  
 Neues  
**Taschen-Fremdwörterbuch,**

enthält:  
 über 4000 aus fremden Sprachen ent-  
 lehnte Wörter und Redensarten, welche  
 in öffentlichen Zeitungen, im Handel und  
 Wandel, bei gerichtlichen Verhandlungen  
 u. s. w. häufig vorkommen.  
 Nebst Angabe ihrer richtigen Aussprache.  
 Ein nicht zu entbehrendes

**Hand- und Nachschlag-buch**  
 für Jedermann.  
 Herausgegeben von  
**Dr. C. B. Adelung.**  
 Zwölfte Auflage.  
 Preis 4 Sgr. elegant brochirt.

**Sechste Auflage. 6000 Exempl.**  
**Der kleine Deutsche**

oder die Kunst,  
 die Muttersprache in 24 Stunden, ohne  
 Lehrer, richtig sprechen und schreiben  
 zu lernen.

Nebst einer durch viele Beispiele erläuterten  
 Anweisung, die so oft vorkommenden und zu  
 unangenehmen Mißverständnissen Veranlassung  
 gebenden Verwechslungen des mir und mich,  
 Dir und Dich, Sie und Ihnen, ihm und  
 ihn, vor und für, dem und den  
 u. s. w. zu vermeiden.

Herausgegeben von **J. C. Heinzen,**  
 Lehrer der deutschen Sprache.  
 Sechste Auflage.  
 128 eingedruckte Seiten, broch. nur 4 Sgr.

**Einladung.**  
 Die Schellschlittenbahn nach Grün-  
 eiche und Schafotschgarten ist im be-  
 sten Zustande. Für gute Bequemlichkeit ist  
 gesorgt. Es laden ergebenst ein:  
 die Gastwirthe Seifert u. Boldt.

In der Stuhlschen Buchhandlung in Berlin ist erschienen und bei **G. W. Nerholz**  
 in Breslau (Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53) zu haben:

**Der eiserne Magen.**  
 Ein belehrendes Hilfsbuch für Jedermann, um einen unerschütterlich gefunden und kräftigen  
 Magen zu behalten, oder den verdorbenen wieder zu dauernder Gesundheit herzustellen.  
 Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der berühmtesten Aerzte aller Zeiten.  
 Bearbeitet von **Dr. Julius Vähr.** 8. Geh. 10 Sgr.

**Gemeinnütziger Rathgeber für Diejeni-  
 gen, welche an Verschleimung leiden,**

enthaltend den Verlauf und die Behandlung des Stoffschnupfens, der Verschleimung der  
 Luftwege, der Brustorgane, des Magens, des Darmkanals, der männlichen und weiblichen  
 Geschlechtsorgane, der Schleim-Hämorrhoiden und des Blasen-Katarrhs nebst den dazu erforder-  
 lichen diätetischen Vorschriften. Von **D. Adrissa.** 3. verb. Aufl. 8. geh. 10 Sgr.

**Grösstes und vollständiges Musikalien-Leih-Institut**  
  
**Vorteilhafte-  
 stes und Billigstes Musikalien-  
 Abonnement**  
 der königl. Hof-Musikalien-Handlung  
**ED. BOTE & G. BOCK.** Breslau,  
 Schweidnitzerstr. Nr. 8.  
**Musikalische Festgeschenke  
 bekanntlich in reichster Auswahl.**

**General-Versammlung**  
 der Actionaire der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn  
 Freitag den 14. Dez. 1849 Nachm. 3 Uhr  
 im Börsenlokale.

**Schreibebücher**  
 in einer ungewöhnlichen großen Auswahl von durchaus nicht fließendem Papier,  
 mit den neuesten Umschlägen, das Duzend von 5 Sgr. bis 2 Thlr.;  
**Schreib- und Zeichenmappen, Papeterien**  
 und viele andere für die Jugend sehr nützliche  
**Weihnachts-Geschenke**  
 empfiehlt:  
 die Papier-Handlung  
**F. Schröder,**  
 Albrechtsstraße Nr. 37, schrägüber der königl. Bank.

**Aus dem Weihnachtslager  
 der Buchhandlung Ferdinand Hirt,  
 Breslau, am Naschmarkt Nr. 47.**

Im Verlag der Unterzeichneten sind so eben erschienen und bei **Ferdinand Hirt**  
 in Breslau, Naschmarkt Nr. 47, A. Kessler in Ratibor, A. E. Stock in Krotoschin  
 zu haben:

**Goethes Briefe  
 an Leipziger Freunde.**  
 Herausgegeben von **Otto Zahn.**  
 Mit den Bildnissen von **Anna Katharina Schöntopf, Friederike Deser**  
 und **Cornelie Goethe.**  
 geh. Preis 2 Rthl.  
 Leipzig, den 8. November 1849. Breitkopf und Härtel.

In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist so eben erschienen und in allen  
 Buchhandlungen zu haben, in Breslau bei **Ferdinand Hirt,** Naschmarkt Nr. 47, in  
 Ratibor bei **A. Kessler,** in Krotoschin bei **A. E. Stock** vorräthig:

**Reise in den Niederlanden**  
 von **J. G. Kohl.**  
 Preis für 2 Bände 8. broch. 4 Thaler.

**Die reinste Quelle jugendlicher Freuden, oder  
 300 Spiele zur Ausbildung des Geistes,**  
 Kräftigung des Körpers oder zur gesellschaftlichen Erheiterung im  
 Freien wie im Zimmer,  
 von **Professor Dr. J. A. E. Werner.**  
 Mit vielen Abbildungen auf 8 Steindrucktafeln. 12. cart. 1 Rthl. 10 Sgr.

So eben erschien in eleganter Ausstattung und ist in allen Buchhandlungen  
 vorräthig, in Breslau bei **Ferdinand Hirt,** Naschmarkt Nr. 47, in Ratibor bei  
**A. Kessler,** in Krotoschin bei **A. E. Stock** zu haben:

**Shakespeares Was ihr wollt** von **Adolf Böttger.** br. Preis  
 22 1/2 Sgr. Elegant gebunden Preis 1 Rthl.  
**Shakespeares Sommernachtstraum** von **Adolf Böttger.** br. Preis  
 22 1/2 Sgr. Elegant gebunden Preis 1 Rthl.  
 Leipzig, 8. Dezember 1849. Otto Klemann.

In der Unterzeichneten erschien so eben und ist in Breslau bei **Ferdinand Hirt**  
 (Naschmarkt Nr. 47), in Ratibor bei **A. Kessler,** in Krotoschin bei **A. E. Stock** zu haben:

**Das Festgeschenk,  
 der deutschen Jugend gewidmet.**  
 Erzählungen, Märchen, Räthsel, Gedichte und belehrende Abhandlungen aus dem  
 Gebiete der Naturgeschichte.  
 Mit Beiträgen von **G. W. Arndt, E. Beststein, Bormann,  
 Coffarsky, Diesterweg, J. Gotthelf, N. Löwenstein,  
 Menzel, Jenne** etc.  
 Herausgegeben vom Berliner Communal-Lehrer-Verein.  
 Mit Illustrationen von **W. Scholz, Leugle, Domschke, C. Büche, Sufmann, Vogel.**  
 13 Bogen Text. 8 Lithographien in Tondruck und Holzschnitten.  
 In elegantem Einband. Preis 1 Rthl.  
 Wir machen alle Eltern und Erzieher auf dies Buch, für dessen gebiegenes Inhalt  
 die Namen der Mitarbeiter bürgen, für das bevorstehende Weihnachtsfest besonders  
 aufmerksam.  
 Berlin. A. W. Krüger's Verlagsbuchhandlung.

Außer den vorstehenden und allen irgendwie öffentlich angekündigten, in Kata-  
 logen oder durch besondere Anzeigen empfohlenen Gegenständen des Buchhandels,  
 bietet unser bedeutendes Lager eine gewählte Sammlung zu Festga-  
 ben für die Jugend und für Erwachsene vorzugsweise geeigneter  
 Werke der deutschen, wie der ausländischen Literatur.  
**Ferdinand Hirt's Buchhandlung.**

**Seidene u. wollene Cravattentücher**  
 empfehlen in bester Auswahl:  
**Wohl u. Sohnstadt,**  
 Nicolai-Straße (Ring-Ecke Nr. 1) im zweiten Gewölbe.

Meine Herren nehmen Sie sich's wahr,  
 ein solch' billiger Kauf kommt nie wieder.  
**Direkt aus den Niederlanden**  
 2000 Ellen Tuch, Buksting und Duffel-Reste  
 zu Röcken, Leibröcken, Paletots u. Beinkleidern  
 Schweidnitzerstr. 46, dem Marstall gegenüber.

**Der billige Laden,**  
 Albrechtsstraße Nr. 11,  
 neben der Kleider-Handlung  
 empfiehlt in reeler, guter und neuer Waare:  
 1/4, 3/8, 1/2 und 3/4 woll. Tücher, von 6 Sgr. bis 2 Rthl., Doppel-Shawls, à 3 1/2  
 und 4 Rthl., Wiener Tücher in allen Farben, à 3 1/2 bis 4 Rthl., glatte Camlotts  
 von 4 1/2 Sgr. ab, gemusterte Camlotts von 5 1/2 Sgr. ab, Napolitains und Halb  
 Lama's, von 4 Sgr. ab, 1/4 Lama à 15 Sgr., Sammt-Westen à 2 Rthl.  
**Ein Spezerei-Waarengeschäft**  
 in einer lebhaften Straße hieselbst, vollständig eingerichtet, ist unter billigen Bedingungen  
 sogleich abzugeben. Näheres ist unter p. r. t. o. f. r. e. i. e. n. Briefen bei **Alexander,** Nikolaistraße  
 Nr. 45, zu erfahren.



Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfiehlt die Buchhandlung Paul Theodor Scholz

in Breslau, Kupferschmiede-Strasse Nr. 17 in den vier Löwen,

ihr reichhaltiges Lager von a) Jugendschriften, mit vorzüglich schönen Kupfern, sowohl für das zarteste Kindesalter, als auch für höhere Stufen, b) Dichtungen aller Art in höchst eleganten Einbänden. c) Kupfer- und Stahlstich-Werke. d) Vorlagen zum Zeichnen und Schreiben. e) Landkarten und Atlanten. f) Taschenbücher und Kalender 1850. g) Koch- und Wirthschaftsbücher für Damen. h) Grössere und kleinere Spiele. i) Andachts-, Predigt- und Gebetbücher in eleganten Einbänden. k) Ausgaben der heiligen Schrift.

Zusendungen nach Hause zur näheren Prüfung stehen sofort zu Befehl.

Porte Monnais, Brieffaschen und Cigarren-Étuis

mit und ohne Stahlbügel, gutem Leder, von 5 Sgr. ab bis 4 Thlr. das Stück, liefern bei großer Auswahl:

Klauka und Sofferdt, Naschmarkt, Ring 43, Lederwaaren-Fabrik und Handlung.

Buch- und Kunsthandlung Eduard Trewendt,

Albrechts-Strasse Nr. 39 (vis-à-vis der königl. Bank).

Die auf der diesjährigen Berliner Gewerbe-Ausstellung mit größtem Beifall aufgenommenen

Zeichenvorlagen

von Wilhelm Hermes,

empfehlen wir zu hübschen Weihnachtsgeschenken aus vollster Ueberzeugung und hält davon stets ein vollständiges Lager

Die Buch- und Kunsthandlung Eduard Trewendt.

In der Buch- und Kunsthandlung Eduard Trewendt (Albrechts-Strasse Nr. 39, vis-à-vis der kgl. Bank) ist zu haben:

Das Preussische Allgemeine Landrecht für 1 Thaler

mit allen Ergänzungen, Rescripten etc. bis auf die neueste Zeit, bearbeitet von C. W. Zimmermann, zunächst für Schiedsmänner, Geschworene, Magistrats-Beamte, Eigenthümer u. s. w. und für jeden Geschäftsmann, der sein Recht selbst suchen will.

(Verlag von P. Weyl u. Comp. in Berlin.)

So eben ist erschienen und bei Eduard Trewendt, G. P. Adersholz, Graf, Barth u. Comp. in Breslau, so wie durch alle schlesischen Buchhandlungen zu beziehen:

Winke über Auswanderung, besonders nach Nordamerika,

aus den besten Schriften zusammengestellt von Einem, der weder zu- noch abreden wollte.

Nebst einer Karte der nordamerikanischen Freistaaten. Broch. Preis 7 1/2 Sgr.

Zwickau, im Dezember 1849.

Der Verein zur Verbreitung von Volksschriften.

Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist eben erschienen und in der Buch- und Kunsthandlung Eduard Trewendt zu haben:

Die Katastrophe in Ungarn.

Originalbericht von Ludwig Kossuth aus Widdin.

Gr. 8. Geh. 1849. 7 1/2 Sgr.

In der Buch- und Kunsthandlung Eduard Trewendt ist eingetroffen:

Altvoigt Andres und seine deutsch-katholische Gemeinde.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von R. Hollinger.

Zweite Auflage. Preis 5 1/2 Sgr.

Eine neue Ausstellung.

Während des bevorstehenden Weihnachts-Marktes

Neuschest. 2 im goldnen Schwert, im frühern Gewölbe der Herren Herz u. Ehrlich.

Dieselbst befindet sich eine große Auswahl lithographirter und xylographirter feiner Holz-Galanterie-Waaren, worunter sich besonders diejenigen in chinesischem und japanischem Geschmack auszeichnen. Sämmtliche Gegenstände hat Unterzeichneter während des Weihnachtsmarktes zum schnellen Ausverkauf für hiesigen Platz ausgestellt, und da sich sämmtliche Gegenstände sowohl für Erwachsene und Kinder vorzüglich zum nützlichem Gebrauch eignen und ihrer seltenen Schönheit, so wie der sehr billigen Preise zu empfehlen sind, so wird ein geehrtes Publikum zur gefälligen Ansicht und Verkauf hierdurch eingeladen. Vorzüglich beachtenswerth sind:

Alle Arten Arbeitskästchen für Damen mit und ohne Einrichtung, Tabaks-, Thee- und Zuckerkästchen, Lichtschirme, Lesepulte, Boston-Kästchen, Spielteller, Eierbecher, Bonbonieres, Nähmaschinen, Fildbusbecher, Garnkörbchen und so noch 100 verschiedene dergleichen Gegenstände.



Gold- und Silberfische

mit Glas-Glocken, Plateau- und Muschel-Verzierungen, etwas Neues, besonders zu Weihnachts-Geschenken geeignet, befinden sich ebenfalls daselbst.

J. Schlesinger.

Der Holzhof in Streblitz bei Juliusburg,

welcher seit mehreren Jahren verpachtet war, wird nunmehr von der Freistandesherrenlichen Goschüger Forstverwaltung auf eigene Rechnung administriert, und hat diese, nachdem erwünschtes Stablissemnt mit allen Gattungen gesunder Kieferholz assortirt worden ist, am 10. d. M. den Verkauf in demselben eröffnet.

Indem dies hiermit zur offiziellen Kenntniss gebracht wird, wird gleichzeitig bemerkt, daß die zum Verkauf gestellten Kieferstämme das hier übliche Waldmaß haben, und es jedem Käufer frei steht, die Anzahl der Scheite, welche jede Kiefer enthalten muß, aus der Nummerliste, die der Administrator des Holzhofes auf Erfordern vorzulegen hat, zu ersehen. Die Preise sind auf das Billigste gestellt, und beim Gastwirth Becker in Peucke, so wie am Eingangsthor des Streblitzer Holzhofes affichirt.

Goschütz, den 10. Dezember 1849.

Der Amtsverwalter und Bevollmächtigte der freien Standesherrschaft Goschütz.

K r e u s.

Frost-Salbe

gegen frisch erfrorene Glieder, Frostwasser gegen nicht eiternde, veraltete, schmerzlose Frostbeulen, nach Vorschrift des Dr. G. F. Frost zusammengesetzt, sowie

Dr. Sundelins Frost-Salbe

gegen alte aufgesprungene Frostbeulen empfehlen in Gefäßen à 5 und 10 Sgr.

Wilh. Mayer u. Comp.,

Comptoir Urulinerstraße Nr. 5 und 6, par terre, rechts.

Sehr bequeme Ruhestühle,

in Leder gepolstert, so auch Fußstiften mit warmer Füllung, empfiehlt zu möglichst billigsten Preisen:

Carl Sepp, Tapezierer, Reusche Straße 24.

Von der bereits hinlänglich als das vorzüglichste Mittel bewährten

Saoutchou-Auflösung,

um Leder: „Stiefeln, Geschirre, Reifkoffer, Wassereimer etc.“ wasserdicht und weich zu machen und zu erhalten, habe ich Niederlagen übertragen, in

Breslau Herrn Carl Straß, Brieg Herrn Fr. W. Schönbrun, Glas Herrn D. Penckert, Gleiwitz Herrn C. A. Borusky, Leobschütz Herrn F. A. Buchmann, Liegnitz Herrn C. G. Sanke, Mittelwalde Herrn J. W. Satscher,

Reiße Herrn A. Möcke,

Reinerz Herrn S. F. Pohl,

C. Rutsch in Glas.

F. D. Ohagen,

Nikolai-Strasse Nr. 68,

empfiehlt eine reiche Auswahl passender Weihnachtsgeschenke zur gütigen Beachtung.

In Folge plötzlicher Verletzung wird zum 1. Januar ein sehr zu empfehlendes Dienstmädchen für Alles dienstlos. Das Nähere Königsplatz Nr. 4.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Rybniker Kreise gelegene Rittergut Ober-Marklowitz, abgeschätzt auf 24,723 Rthl. 10 Sgr. 10 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

4. April 1850, Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Alle unbekanntenen Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion in diesem Termine zu melden.

Rybnik, den 24. August 1849. Königliches Kreisgericht. I. Abtheilung. Delius.

Große Auktion.

Freitag den 14ten d. Mts., Nachm. 2 Uhr u. d. f. Tag, wird in dem Hause des Herrn Immerwahr, Nr. 19 am Ringe, der Rest der Sachen von florentinischem Marmor verauktionirt werden. Dieselben sind nach etruskischen, mediceischen, pompejischen, herkulanischen und antiktromischen Modellen. Ebenso wird eine große Menge kleiner Phantasiegegenstände, zu Weihnachts-Geschenken sich eignend, vorkommen. Die Gesellschaft der schönen Künste zu Florenz hat mit der Ausführung den Herrn Massini und dieser mich beauftragt. Liebhaber werden hiermit ersucht, sich bei dieser nur selten vorkommenden Gelegenheit zu betheiligen.

Breslau, den 13. Dezember 1849.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Auktion. Am 15ten d. M., Mittag 12 Uhr, werden in Nr. 7 Katharinenstr. ein gut erhaltenes Billard mit Zubehör, verschiedene Schankutensilien, ein Fuchsbammanmantel und zwei gute Delgemälde versteigert werden.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Zu Weihnachtsgeschenken für 2 Rthl. 10 Sgr.

- 4 Ellen Winterstoff zum Beinkleid, 1 wollene Weste, 1 Halstuch, 1 Taschentuch, 2 weiße Vorhemdchen, 1 schwarzes Atlas-Vorhemdchen, 1 Summi-Hosenträger.

Für 5 Rthl.

- 8 Ellen Winterstoff zum Rock oder Paletot, 4/4 breit, 4 Ellen Winterstoff zum Beinkleid, 1 wollene Weste, 1 Halstuch, 1 Taschentuch, 2 weiße Vorhemdchen, 1 schwarzes Atlas-Vorhemdchen, 1 Summi-Hosenträger.

Gebr. Sulbchinsky,

Schweibnigerstraße Nr. 5, im goldenen Löwen.

Zum Kauf werden angeboten von dem pensionirten Justiz-Bureau-Vorsteher

Lincke, wohnhaft Uferstraße Nr. 28b, zwei Stiegen: eine noch fast neue, roth seidene wattirte Bettdecke mit Fransen;

eine richtig gehende, an die Feder stark schlagende Stockuhr;

ein gut gefaltener blautuchener mit braunem Luche gefutterter spanischer Herren-Mantel mit Urmeln, und

ein noch wenig getragener brauner Dachrock.

Patent-Unterjacken

und Unterbeinkleider von Elektoral-Wolle, wollene Hemden auf bloßem Körper zu tragen, so wie starke und gefutterte Beinkleider und Jacken empfiehlt in großer Auswahl zu billigen Preisen

die Leinwandhandlung von Karl Helbig, Dhlauerstr. Nr. 1 in der Kornecke.

Bei Weihnachts-Einkäufen

bitte ich die schönen billigen Sachen in der Bude, der Krone geradüber, nicht zu vergessen. B. K. Schieß.

Zu verkaufen ist eine beschlagene und eine unbeschlagene Schlittentuffe Weidenstr. 33.



**K. K. aussch. privilegierte**  
**Soirée-Kerzen,**  
 das Wiener Pfund zu 16 Sgr.,  
 bei Abnahme von 10 Pfd. à 15 1/2 Sgr., bei größeren Partien noch billiger, empfiehlt  
**Eduard Rickel, Albrechtsstraße Nr. 7,**  
 im Segen Jakobs, im 2. Viertel vom Ringe, das 2te Haus v. d. Ecke der Schuhbrücke.

**Waldwoll = Fabrikate.**

Diese sowohl als praktisch wie der Gesundheit zuträglich anerkannten Fabrikate bestehen in Matratzen aller Größen, Schlafdecken (auch in Seide) Keil- und andern Kopfpolstern, Sitzkissen, Reise-Rollen und Kissen, Unterröcken für Damen, Unterbeinkleidern (für Herren u. Damen) Unterjacken, Schlafrocken, Leibbinden und Sohlen, und empfehle ich diese Fabrikate als wohlfeil und wegen ihrer Nützlichkeit zu Festgeschenken besonders geeignet.

Die alleinige Niederlage der patentirten Waldwoll-Fabrikate,  
**C. G. Fabian, Ring Nr. 4.**

**Die Neusilber = Fabrik**  
 und Galvanisches Institut  
**von Abeking & Comp.,**

in Berlin Oberwallstraße Nr. 7,  
 in Breslau Schweidniger Straße 51,  
 empfiehlt ihre auf's Sorgfältigste und aus feinstem Neusilber gearbeiteten Fabrikate, als:

**Kirchengeräthe:**

- Altarleuchter,
- Altarkannen,
- Altarkelche,
- Crucifixe,
- Weihrauchgefäße,
- Wesfkännchen u.

**Beleuchtungsartikel:**

- Armleuchter,
- Tafel- und Handleuchter,
- Nachtleuchter mit Feuerzeug,
- Lichtscheren und Untersätze,
- Lampen mit 1 und 2 Flammen,
- Wachstockbüchsen u.

**Kaffee- und Theeservice:**

- Kaffee- und Milchkannen,
- Theekannen,
- Theekessel,
- Thee- und Kaffeemaschinen,
- Theebretter,
- Zuckerboxen und Schaalen,
- Zuckerzangen,
- Theestiebe u.

**Tisch- und Speisegeräthe:**

- Suppenlöffel,
- Gemüselöffel,
- Eß- und Theelöffel,
- Mischlöffel,
- Tranchirmesser und Gabeln,
- Tischmesser und Gabeln,
- Dessertmesser,
- Butter- und Käsemesser,
- Flaschen- und Gläser-Untersätze,
- Gestelle zu Essig und Del,
- Serviettenringe,
- Trinkbecher,
- Weinkorke u.

**Artikel für Damen:**

- Fingerhüte,
- Nadelbüchsen,
- Haarkugeln,
- Näh- u. Stuis u.

**Artikel für Herren:**

- Cigarrenbüchsen und Spigen,
- Taschenfeuerzeuge,
- Tabaksdosen,
- Stöckknöpfe u.

Ein tüchtiger **Appretur-Werkmeister** wird gesucht, der seine Ausbildung in guten Tuchfabriken genossen hat. Das Nähere zu erfahren bei **Herrn Gustav Becker** in Breslau, Albrechtsstraße Nr. 14.

Zu Weihnachtsgeschenken passend empfehle ich etwas ganz Neues in **Ober-Hemden** für Herrn.

**Heinrich Cadura,**  
 Ring Nr. 9.

**Ein Poni-Schlitten**

ist zu verkaufen Schuhbrücke Nr. 33.

**Eisendorfer Shirting**

zu Bett- und Leibwäsche empfiehlt zu Fabrikpreisen:

**Heinrich Cadura,**  
 Ring Nr. 9.

**Frisches Rothwild,**

à Pfd. 3 Sgr., von der Vorderkeule 2 Sgr. Kochfleisch 1 Sgr., empfiehlt:

**Frühling, Wirthhändlerin,**  
 Ring 26, im goldenen Becher.

Den zweiten Transport

**Frischer böhmischer Fasanen**

so wie

**Frische Hasen,**

gespickt 14 Sgr., so wie frisches Schwarzwild empfiehlt: **Wirthhändler N. Koch,**  
 Ring Nr. 9, neben 7 Kurfürsten.

**Ein Guckkasten**

mit 80 Vorstellungen, als ein höchst unterhaltendes Weihnachts-Geschenk, ist zu verkaufen **Marshall-Gasse Nr. 3,** zwei Treppen, links.

**Wollene Umschlagetücher**

werden zu Fabrikpreisen verkauft bei **Meckenberg und Jarecki,**  
 Kupferschmiedstr. 41, zur Stadt Warschau.

**Chokoladen-Figuren**

empfehle ich in schönster Auswahl:

**C. G. Offig,**  
 Nikolai- und Herrenstraßen-Ecke Nr. 7

Ein 6 1/2 oktaviges **Flügel-Instrument** von Ritschbaumholz, von guter Bauart und sehr gutem Ton ist zu verkaufen. Nähere Auskunft auf mündliche oder schriftliche Anfragen hat **Hr. Instrumentenfertiger Berndt,**  
 Ring Nr. 8, die Güte zu ertheilen.

**Hüneraugen = Pflaster,** à 2 1/2 Sgr., bei **C. A. Bartsch,** Reuschstr. 2, 2 Stieg.

**Auktionen in Breslau.**

Den 14. Dez. Mittags 12 Uhr im alten Rathhaus: Ein **Flügel** von Birkenholz.  
 Den 15. Dez. Vor- und Nachmitt. **Breitestraße 42:** Wein, Cigarren.

**Börsenberichte.**

**Breslau, 13. Dezember.** Gegen Schluß der heutiger Börse waren von Aktien **Friedrich-Wilhelms-Norrbahn** gesucht und bis 45 1/2 % bezahlt, **Krakauer**, obgleich von Berlin höher, waren mit 68 3/4 % zu haben. In **Oberschlesischen** und **Freiburgern** kein Geschäft. Fonds unverändert.

(**Mitliche Courstblatt.**) Geld- und Fonds-Course: **Holländische Rand-Dukaten** 95 1/2 Gl. **Kaiserliche Dukaten** 95 1/2 Gl. **Friedrichsd'or** 113 1/2 Br. **Louisd'or** 112 1/2 Br. **Polnische Courant** 96 1/2 Br. **Oesterreichische Banknoten** 91 1/2 Br. **Seehandlungs-Prämien-Scheine** 102 Br. **Freiwillige Preussische Anleihe** 106 3/4 Br. **Staats-Schuld-Scheine** per 1000 Rthlr. 3 1/2 % 89 1/2 Br. **Breslauer Stadt-Obligationen** 3 1/2 % 97 1/2 Gl. **Großherzoglich Posener Pfandbriefe** 4 % 100 1/2 Gl., neue 3 1/2 % 91 1/2 Br. **Schlesische Pfandbriefe** à 1000 Rthlr. 3 1/2 % 95 1/2 Br., Litt. B. 4 % 99 1/2 Gl., 3 1/2 % 92 1/2 Gl. **Alte poln. Pfandbriefe** 4 % 96 1/2 Gl., neue 96 Br. **Polnische Schatz-Obligationen** 80 1/2 Gl. **Polnische Anleihe** 1835 à 500 Fl. 81 1/2 Br. — **Eisenbahn-Aktien:** **Breslau-Schweidnig-Freiburger** 4 % 80 1/2 Br., **Priorität** 4 % — **Oberschlesische Litt. A.** 109 1/2 Br., **Litt. B.** 107 1/2 Br. **Krakau-Oberschlesische** 69 Br. **Niederschlesisch-Märkische** 84 1/2 Gl., **Prior.** 5 % 103 1/2 Gl., **Serie III.** 102 1/2 Gl. **Reiffen-Brieger** — **Köln-Mindener** 95 Br., **Priorität** 103 1/2 Gl. **Friedrich-Wilhelms-Norrbahn** 45 1/2 Br. — **Weschsel-Course:** **Amsterdam** 2 Monat 142 1/2 Gl. **Berlin** 2 Monat 99 1/2 Gl., **Sicht** 100 1/2 Br. **Hamburg** 2 Monat 150 1/2 Br., **Sicht** 150 1/2 Br. **London** 3 Monat 6. 26 Br. **Paris** 2 Monat 81 1/2 Br. **Wien** 2 Mon. — **Paris, 10. Dezember.** 3 % 56. 5 % 90.

**Berlin, 12. Dezember.** **Eisenbahn-Aktien:** **Köln-Mindener** 3 1/2 % 94 1/2 Br. **Krakau-Oberschlesische** 4 % 68 3/4 à 69 1/2 bez., **Prior.** 4 % 85 Gl. **Friedrich-Wilhelms-Norrbahn** 44 1/2, 45 1/2 à 1/2 bez., **Niederschlesisch-Märkische** 3 1/2 % 84 1/2 bez., **Prior.** 4 % 94 bez. und Gl., **Prior.** 5 % 104 Gl., **Serie III.** 5 % 102 1/2 à 103 bez., **Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn** 4 % 29 Br., **Prior.** 5 % 88 Gl. **Oberschlesische Litt. A.** 3 1/2 % 109 1/2 Br., **Litt. B.** 107 Br. — **Geld- und Fonds-Course:** **Freiwillige Staats-Anleihe** 5 % 106 3/4 bez. **Staats-Schuld-Scheine** 3 1/2 % 89 bez., **Seehandlungs-Prämien-Scheine** 101 Gl. **Posener Pfandbriefe** 4 % 100 Gl., 3 1/2 % 91 bez., **Preussische Bank-Anleihe** 92 à 1/4 bez., **Polnische Pfandbriefe** alte 4 % 96 1/2 bez. und Gl., neue 4 % 96 Br. **Polnische Partial-Obligationen** à 500 Fl. 80 1/2 Br., à 300 Fl. 113 Gl.

Durch mehrere Kaufordres in **Friedrich-Wilhelms-Norrbahn** und **Krakau-Oberschlesische Eisenbahn** Aktien stellten sich die Kurse dieser und mehrerer anderer Effekten merklich höher, nur **Bergisch-Märkische**, **Rheinische** und **Thüringer Eisenbahn**-Aktien waren niedriger offerirt.

**Wien, den 12. Dezember.** Für Fonds und Eisenbahn-Aktien war eine bessere Stimmung und die meisten derselben sind etwas höher bezahlt worden. Der **Geldmangel** hat aufgehört. In **Comptanten** und **Devisen** bei fest behaupteten Kursen sehr beschränkter Umsatz. **London**, anfangs für 11. 10., wurde später höher bezahlt. **Hamburg** 2 Monat 163 3/4 Gl. 5 % **Metal.** 93 1/2 bis 94; 4 1/2 % 83 1/2 bis 84; **Norrbahn** 109 1/2 bis 110. **Frankfurt a. M., 12. Dezember.** **Norrbahn** 45 1/2 %.

**Getreide-, Del- und Zink-Preise.**

**Breslau, 13. Dezember.** **Weizen**, weißer 54, 43 Sgr.; gelber 51, 46, 40 Sgr. **Roggen** 28, 26 1/2, 25 Sgr. **Gerste** 24 1/2, 23, 21 Sgr. **Safer** 18, 17, 16 Sgr. **Rother Kleesaamen** 10 bis 14 Thlr.; weißer 5 1/2 bis 14 Thlr. **Spiritus** 6 Thlr. Gl. **Rohes Rübsöl** 14 1/2 Thlr. Gl. **Zink** ohne Geschäft.

**Stettin, 12. Dezember.** **Weizen** 49, 52. **Roggen** 26; **Frühjahr** 27 1/2 bez.; **Mat** 28 1/2, 28 1/4; **Juni** 29 1/4 und Br. **Rübsöl loco** **Januar-Februar** 13 1/2, 13 1/2 bez.; **Spiritus** 25 1/2, 26 1/2 %.

**unser Lager fertiger Handlungsbücher**

in allen Qualitäten, Formaten und Stärken, mit und ohne Liniatur in Pappband, Leder und Leinwand, dauerhaft gebunden mit Sprungrücken, empfehlen wir zum bevorstehenden Jahreswechsel allen Geschäftstreibenden zur geneigten Beachtung. Bestellungen werden prompt und aufs Beste ausgeführt.

**Lustig u. Selle,**

Papier-Handlung, Materialien-Magazin für Maler und Zeichner,  
 Schweidniger Straße Nr. 55, zur Korn-Ecke.

**unser gut assortirtes Lager von**  
**Schriften für Buchbinder u. Handdruckereien**

empfehlen wir zu billigen Preisen und können Probe-Abdrücke der Schriften gegen frankirte Briefe gratis entgegen genommen werden.

**Graf, Barth und Comp. in Breslau, Schriftgießerei.**

**Echtfarbige Kattune, Nessel und Tücher empfehlen**  
 zum bevorstehenden Feste en gros und en détail zu  
 den billigsten Fabrik-Preisen

die Verkaufs-Lokale:

**Karlsstraße Nr. 36 und Klosterstraße Nr. 60.**

**Merinos-Stamm-Schäferei Lampersdorf**

(Kreis Dets) zunächst der Poststation fürstl. Elguth gelegen.

Zur Eröffnung des diesjährigen hiesigen **Wockverkaufs**, ist der 10. Dezember festgesetzt. Die Herde ist frei von allen erblichen Krankheiten, namentlich der Traber, dies wird verbürgt.

**Das Damen-Mäntel-Lager Berlin's**

**Oblauer Straße im blauen Hirsch, 1 Treppe**

empfehle zum gegenwärtigen Weihnachtsmarkt sein reichhaltiges Lager der elegantesten Damen-Mäntel in Atlas, Moirée, Raffet sowohl in feinen einfarbigen wollenen Stoffen, als Thibet, Cachemir, Napolitains, Lamas und Kaiserstuchen nach den diesjährigen Wiener und Pariser Modells, sauber und eigen angefertigt und werden dieselben zu auffallend billigen Preisen verkauft.

**Weihnachts-Geschenke.**

Gepolsterte Großstühle mit Eisenlehne, Kinderstühlchen und Sopha's, Fußbänke, Knaben-, Mädchen- und Damen-Taschen empfiehlt zu den billigsten Preisen:

**J. Fuhrmann, Tapeziter,**  
 Nikolaistraße, an der Oblau-Brücke.

**Glühwein** das preussische Quart 15 bis 17 1/2 Sgr., im Ganzen etwas billiger, sowie **Strogg und Punschessenz**, das Quart 20 Sgr., ist zu haben bei:

**C. G. Gausauge,**  
 Reusche-Straße Nr. 23.

Ein gußeiserner **Ofen**, 5 Fuß hoch, steht für den feste Preis von 8 Rtl. zum Verkauf **Altbüßerstraße Nr. 46** im Gewölbe.